



aktuell

actuel

Monatszeitschrift des OGB-L - Mai 2003 - N° 5



Sozialer Zündstoff



Art. 442-1.: Freiheiten müssen garantiert bleiben (page 15)

Sommaire

Inhalt



4



Editorial

Es kriselt ... leicht !

6



1. Mai-Feier in Düdelingen

Ansprachen von John Castegnaro und Jean-Claude Reding

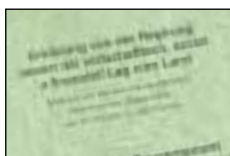
15



Freiheiten müssen garantiert bleiben

Unterredung mit Minister Frieden zum Artikel 442-1. des Strafgesetzbuches

17



Lage der Nation

Grundsätzlich positiv, aber die Umsetzung wird entscheidend!

18



EHL

Kurz vor einem Streik

19



Rahmenabkommen

Ladenöffnungszeiten

22



Point de vue

Un accord pour améliorer l'accès individuel à la formation continue

30



Du nouveau dans les entreprises

Tarkett, Avery Dennison, banques...

KLINIKEN: FIR D'ÉISCHT GET OP DE PEÏE GESPUERT..



...DANN UM PERSONAL ...



DUERNO...

1. MEE MANIFESTATIOUNEN: WËI ALL JOER GËTT ET PROBLEMER MAM ZIELEN.



ALL JOERS EEMOL: ERKLÄRUNG A LAACH VUN DER NATION



Es kriselt ... leicht !

Mai 2003 war ein Monat der starken politischen und sozialpolitischen Aussagen: in den 1. Mai-Reden, den Schlussfolgerungen der Tripartite, den Aussagen der Arbeitgeberseite und letztendlich der traditionellen Rede des Staatsministers zur Lage der Nation kamen gewichtige Themen zur Aussprache.

Der OGB♦L ist dabei, die Rede zur Lage der Nation - die übrigens nie Einstimmigkeit erzielen kann, weil die Erwartungen, besonders ein Jahr vor Parlamentswahlen, groß und verschiedenartig sind - und die Debatte der Parlamentarier zu analysieren. Dabei lassen wir uns nicht von Versprechen oder Behauptungen leiten. Wir sind eine Gewerkschaft, keine politische Partei. Wir machen keine Opposition der Opposition wegen. Es sind nicht elektorale oder parteipolitische Überlegungen die uns lenken, sondern die Sorge um eine optimale Interessenvertretung unserer Mitglieder und der Schaffenden. So gesehen, lassen wir uns auch nicht von gewissen politischen Kommentatoren provozieren.

Keine Krise !

Es kriselt, so die Aussage des Staatsministers. Sie ist bedeutend, weil sie von der wirtschaftlichen Analyse ausgeht. An der Feststellung Krise oder nicht Krise, orientieren sich viele politische Entscheidungen. Krise bedeutet in der Regel Sozialabbau und Lohnstopp. Beide kommen nicht in Frage, weil bereits die Tripartite zur Schlussfolgerung kam, dass wir uns weder in einer Rezession noch in einer Krise befinden. So gesehen, sollte man bei der Analyse der Rede des Staatsministers die Arbeit der Tripartite, die Gutachten des WSR (Wirtschafts- und Sozialrates), des Beschäftigungskomitees und anderer Gremien nicht vergessen, denn sie bilden ein Ganzes. Wobei natürlich auch gilt, dass die Rede des Staatsministers eine (partei)politische Rede

ist und so gesehen werden muss.

Der OGB♦L nimmt zur Kenntnis, dass weder Sozialabbau noch Sozialbeitrags erhöhungen (damit auch keine Leistungsver schlechterungen) vorgesehen sind. Die Renten stehen ebenfalls nicht zur Debatte und genau so wenig staatlicher oder politischer Einfluss auf die Lohn- und Kollektivvertragspolitik. Im Gegenteil, die Bedeutung des in Luxemburg institutionalisierten Sozialdialogs auf vielen Ebenen, so der Tripartite oder dem WSR, wurde ausdrücklich bestätigt. Der Erfolg bei uns liegt in der Stärke des Dialogs und in der Tarifautonomie der Sozialpartner, wobei Auseinandersetzungen nicht auszuschließen sind. Darum tat der Staatsminister gut daran, die Arbeitgeber in Sachen Index in ihre Schranken zu verweisen. Wer am Index rüttelt, setzt den Dialog und die kontinuierliche Kollektivvertragspolitik aufs Spiel. Dies bedeutet soziale Spannungen und Auseinandersetzungen. So sehen wir in den Aussagen des Staatsministers eine Konsolidierung des Luxemburger Modells, wohl wissend, dass die Frage des Kräfteverhältnisses entscheidend ist. Die fast 54.000 OGB♦L-Mitglieder sind hier ein sehr starkes Argument.

Artikel 442-1.

Am 22. Mai, nur zwei Tage nach der Rede des Staatsministers, gelang dem OGB♦L in einer zweistündigen harten aber fairen Diskussion der Durchbruch: der Justizminister erklärte sich grundsätzlich bereit den Artikel 442.-1. zurückzuziehen und sagte formell zu, dass er auf die Kriminalisierung (d.h. die Haftstrafen bei Zuwiderhandlung) verzichtet. Dies ist ein OGB♦L-Erfolg der auf starken Argumenten, auf Vertrauen und Glaubwürdigkeit basiert. Die Freiheiten der Bürger und die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften dürfen



John Castegnaro
Präsident

nicht eingeschränkt werden. Wer Haftstrafen anmahnt, engt einerseits den demokratischen Spielraum ein und provoziert andererseits Gewaltbereitschaft. Wer will das schon? Der OGB♦L hat ein gewisses Verständnis dafür, dass auch der Staat als oberster Hüter der Grundfreiheiten auch Handlungsfähigkeit braucht, um zu garantieren, dass die Grundfreiheiten der einen und der anderen co-existieren können, statt zu kollidieren. Bleibt aber die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel und genau in diesem Punkt muss der Staat demokratisch bleiben. Das hat der Justizminister erkannt und war letztendlich bereit einzulenken.

Der OGB♦L hatte als erste Organisation bereits im November 2002 zum Thema Stellung bezogen und ist seitdem permanent - als auch diskret - interveniert. Wir sind stolz auf unseren Erfolg, der auf der Linie der Verteidigung der Grundfreiheiten liegt, wie die freie Gewerkschaftsbewegung sie seit jeher vertritt.

Arcelor

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen bei den ARCELOR-Manifestationen vom 17. respektive 25. April 2003 waren Wasser auf die Mühlen jener, die die Rechte einschränken wollen. Aber nicht nur das war der Grund, warum OGB♦L und LCGB ihre Teilnahme am 25. April absagten und im Gegenzug eine Verlegung der Manifestation auf ein Datum nach den belgischen Parlamentswahlen beantragten. Wir sind gegen Gewalt und Krawalle, dafür setzen wir uns für Solidarität und Gerechtigkeit ein. Wir haben und werden auch in Zukunft immer wieder die Strategie der ARCELOR in Frage stellen, wenn es um Abbau ohne konkrete Alternativen mit Ersatzarbeitsplätzen und großzügigen Sozialplänen geht. Dem entsprach auch die einstimmige Haltung der drei Gewerkschaftsvertreter im Verwal-

tungsrat der ARCELOR vom 24. Januar 2003. Der Nationalvorstand des OGB♦L vom 19. Mai bestätigte übrigens quasi einstimmig die Haltung der verantwortlichen Gremien.

Sozialer Zündstoff

In den letzten Monaten war es möglich, viele Kollektivverträge ohne Auseinandersetzungen zu erneuern. Dies unterstreicht die ganze Bedeutung der Tarifautonomie und beweist, dass das Lamento über die Indexierung und der Ruf nach einer moderaten Lohnpolitik fehl am Platze sind. Verantwortungsbewusste Arbeitgeber, Gewerkschaften und ihre Delegierten handeln den jeweiligen Situationen entsprechend.

Eine unrühmliche Ausnahme bildet der Kollektivvertrag im Spitalwesen. Hier wurde ein erzieltes Verhandlungsergebnis über Bord geworfen und damit den Beschäftigten und Gewerkschaften im Spitalsektor ein Schlag ins Gesicht versetzt. Parteipolitische und persönliche Differenzen innerhalb der EHL sind der Hintergrund, die Leidtragenden das Personal. Das Schlichtungsamt wird nun in der Streitsache zu befinden haben, ein Streik ist durchaus möglich.

Ein anderer Sozialkonflikt steht bei der LUXAIR bevor, da wir uns weder in Sachen Kollektivvertrag an der Nase herumführen lassen, noch uns den vom Generaldirektor durch die belgische Presse angekündigten Personal- und Lohnabbau gefallen lassen werden.



Ansprache des OGB•L- und CGT-Präsidenten John Castegnaro in Düdelingen

"Zesummen d'Zukunft sécheren"

Chères, chers camarades!

Bienvenue à Dudelange. Nous manifestons aujourd'hui ensemble et solidairement avec des dizaines de milliers de syndicalistes partout dans le monde pour:

- ♦ *Pain, paix et liberté!*
- ♦ *Pour le respect de nos droits!*
- ♦ *Pour le plein emploi!*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herzlich willkommen in Düdelingen. Wir manifestieren heute zusammen und solidarisch mit Zehntausenden Gewerkschaftern weltweit für:

- ♦ Brot, Frieden und Freiheit!
- ♦ Für den Respekt unserer Rechte!
- ♦ Für die Vollbeschäftigung!

Kolleginnen, Kollegen!

Heute teilt Präsident Bush das Ende seines illegalen Irak-Krieges, der Tod und Zerstörung über die Bevölkerung brachte, mit. Welch ein Erfolg über eine Geisterarmee, ein Land ohne Massenvernichtungswaffen, dafür aber mit riesigen Ölfeldern.

Er fordert sicherlich die durch ihn gedemütigte und minderjährig erklärte Friedensorganisation, die UNO auf, sich um den angerichteten Scherbenhaufen zu kümmern, ohne selbst die Macht und Kontrolle aufzugeben.

Wir werden zum Spenden aufgerufen und tun es im Namen der Menschlichkeit, wissend, dass mindestens 1500 Milliarden Dollar im Irak verpulvert wurden, die als Entwicklungshilfe nicht nur den Diktator und Mörder Saddam Hussein und andere Diktatoren zum Fall gebracht hätten, sondern den Menschen endlich Brot, Frieden, Freiheit und Perspektiven geboten hätte.

Diktaturen und Diktatoren zu Fall zu bringen, ist eine UNO-Mission. Dafür werden nicht Waffen, sondern Geld und Hilfe benötigt. Diktatoren müssen verschwinden, auch in den Ländern, wo statt Ölreichtum nur Armut herrscht.

Kolleginnen, Kollegen!

Die Kriegsvorbereitungen und der Krieg haben wirtschaftliche Probleme riesigen Ausmaßes weltweit herbeigeführt. Die Leidtragenden - auch für die Folgekosten - werden die Schaffenden sein.

Kriegskosten, verbunden mit Gaunereien in den Chefetagen riesiger Konzerne, Kontrolleure, die zu Dieben werden, Börsenspekulationen, die immer schlimmer werdende ultraliberale Globalisierung und Mondialisierung der Wirtschaft, haben schlimme Folgen:

- ♦ Allein im Jahr 2002 ist die Arbeitslosigkeit von 160 auf 180 Millionen angestiegen;
- ♦ die erschreckend zunehmende Kinderarbeit und Armut;
- ♦ Sozialabbau, Lohnstopp und der permanente Versuch - leider mit Erfolg - gewachsene Sozialsysteme zu verändern, zu verschlechtern.



Diese Modernisierer und Systemveränderer jeder Couleur, deregulieren, privatisieren, prekarisieren und wollen die, in Jahrzehnten mühsam durch die Gewerkschaften erkämpfte Sozialkultur, dem Profit opfern!

Die EU will die 1. Weltwirtschaftsmacht, zum Preis des Sozialabbaus, der Zerstörung des Solidaritätsgedankens, der Wiedereinführung der Klassengesellschaft, werden.

Dagegen muss sich die Gewerkschaftsbewegung in Europa und weltweit, mit dem EGB und dem IBFG wehren: am Verhandlungstisch, durch politische Einflussnahme oder mit den traditionellen gewerkschaftlichen Aktionen. Es geht um unsere Rechte und die gesicherte Zukunft der Jugend.

Kolleginnen, Kollegen!

In Luxemburg nehmen die sozialen Spannungen zu, steigt das Risiko größerer Sozialkonflikte! Es gibt in Luxemburg weder eine Krise, noch eine Rezession und damit keinen Grund, soziale Auseinandersetzungen durch stures oder dummes Verhalten zu provozieren.



Kolleginnen, Kollegen!

Ein anderer Sozialkonflikt riskiert die Haltung der Arcelor-Direktion in Sachen Weiterführung der Préretraite zu werden. Fast 30 Jahre Krise, Restrukturierung und Schwerstarbeit in der Stahlindustrie sind die Begründung für die Weiterführung. Hier wird die Regierung Verantwortung übernehmen müssen! Und die Arcelor auch! Und wer die Nr. 1 im weltweiten Stahlgeschäft ist, sollte nicht die Politik des wirtschaftlichen Riesen und sozialen Zwerges ausüben. Arcelor soll notwendige Schließungen mit Ersatzinvestitionen begleiten und Arbeitsplätze sichern und erhalten, hier und weltweit.

Kolleginnen, Kollegen!

Ja, das wirtschaftliche Umfeld ist auch hier schwieriger, darf aber die kontinuierliche Kollektivvertragspolitik nicht behindern, im Gegenteil. Wir lehnen darum auch jede Diskussion über Lohnstopp, sowie die Abschaffung oder Veränderung der automatischen Indexierung unserer Einkommen, ab. Nachdem diese auch den Ärzten durch Regierungsbeschluss zuerkannt wurde, ist das Indexsystem zementiert.

Wir sagen aber der Regierung, dass sie die finanziellen Kosten ihrer politischen Entscheidung - das sind rund 18 Millionen Euro/Jahr - aus dem Staatsbudget zu finanzieren hat und diese nicht den Versicherten anzukreiden sind! Wir warnen aber auch jene, die immer offener einer Leistungsver schlechterung bei den Krankenkassen und der Abschaffung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Wort reden.

Kolleginnen, Kollegen!

Hier gibt es einen Zusammenhang mit dem großen bevorstehenden Sozialkonflikt bei den Krankenhäusern! Hier geht es auch um einen verwerflichen Wortbruch verschiedener Verantwortlicher bei der EHL, die sich daran erinnern sollten, dass es 1995 einen schweren Sozialkonflikt gab, den sie verloren haben! Dies wird auch 2003 der Fall sein, Dank noch größerer Solidarität und gewerkschaftlicher Stärke.

Der Abschluss des Kollektivvertrages war fast perfekt, sein Kernstück entspricht EU-, Politiker- und Patronatsforderungen, die verlangen, dass ältere Arbeitnehmer länger im Arbeitsprozess bleiben! Wir wollen das auch, aber zu qualitativ besten Bedingungen, die eine ausreichend materiell abgesicherte Arbeitszeitverkürzung ab dem 50. Lebensjahr erlauben, die ihrerseits Frühinvalidität und Krankenscheine stark reduziert, Arbeitsplätze schafft und besonders den vielen Frauen in diesem Job die langfristige Ausübung ihres wichtigen und schweren Berufs, im Einklang mit ihrem Familienleben, harmonisiert.

Wir fordern die Hardliner auf, das gegebene Wort zu halten. Die außerordentliche Generalversammlung der EHL am 20.5.03 ist die letzte Chance oder der Beginn eines großen Konflikts mit Streik.

Der Personalabbau in Betrieben und Banken geht weiter. Die Sozialpläne nehmen zu, so genannte "freiwillige Abgänge" werden organisiert, entstehende Personalengpässe mit massiven Überstunden oder Leiharbeitern ausgeglichen! Der Druck in vielen Betrieben, die Angst wächst und mit ihr Stress und Mobbing.

Viele Arbeitgeber vernichten bewusst die Betriebskultur des Respekts und Schutzes. Die Regierung schaut zu: es fehlt an den notwendigen Kontrollen und Strafen; die von uns geforderte Stressgesetzgebung wird abgelehnt, das Einsetzen unserer vorgeschlagenen Stressberatungsstelle wird verschlafen.



Die Zahl der am Arbeitsplatz sexuell belästigten Frauen steigt an. Versuche, Klagen zu führen, werden unterdrückt. Ein Beispiel von vielen, dass die Frau in unserer Gesellschaft weiterhin unterdrückt und diskriminiert wird.

Kolleginnen, Kollegen!

Unsere Streikaktionen bei den LKW-Fahrern im November 2002 waren - trotz dem erstmals massiven Polizeieinsatz und ohne Artikel 442-1 im Strafgesetzbuch - erfolgreich und erlaubten einen positiven Vertragsabschluss. Harte Arbeit steht bevor, um sichere und gesunde Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Straßentransport zu erreichen! Solche Bedingungen bestehen bisher weitgehendst im öffentlichen

Transport und bei den CFL. Sie sollen erhalten bleiben, im Interesse der Eisenbahner und damit auch der Qualität und Sicherheit für den Personen- und Warentransport!



Darum der Streikaufruf des Landesverbandes am 9. Mai! Gegen Privatisierung und Sozialdumping, für starke öffentliche Dienstleistungen!

Kolleginnen, Kollegen!

Wir haben den S.O.S.-Schrei des Landesverbandes verstanden und solidarisieren uns mit der Aktion! Qualität und Sicherheit müssen Vorrang haben. Abbau und Privatisierung bei der CFL bedeuten Abbau beim TICE, bei den städtischen Autobussen und vielen anderen Dienstleistungen. Unsere Solidarität und Unterstützung garantieren wir und wünschen euren Aktionen Erfolg!

Kolleginnen, Kollegen!

In knapp einem Jahr sind Parlamentswahlen! Die Liste unerfüllter gewerkschaftlicher Forderungen ist kaum kleiner geworden, politischer Handlungsbedarf besteht, Karenzen sind endlich auszumerzen. Der OGB•L wird über seine Mobilisierungs- und Petitionskampagne den Druck für die Durchsetzung seiner Forderungen nach mehr wirtschaftlicher Demokratie in den Betrieben, mehr Rechten und einem verbessertem Schutz der Ausschussdelegierten, verstärken.

Diese Gesetze müssen in diesem Jahr realisiert werden, genauso wie

- ♦ das Kollektivvertragsgesetz
- ♦ die Reform des Schlichtungsamtes;
- ♦ die Reform der ITM-Gewerbeinspektion;
- ♦ die 6. Urlaubswoche als Gegenleistung zu der im PAN-Gesetz formulierten Flexibilisierung;
- ♦ die Fortschreibung des Elternurlaubes ohne jede Einschränkung;
- ♦ eine neue Gesetzgebung über kollektive Entlassungen und Sozialpläne mit der obligatorischen Beteiligung der Gewerkschaften;

- ♦ die sofortige praktische Umsetzung des neuen Invalidenrenten-Gesetzes statt der Sabotage; Chefsache statt Geschwätz;
- ♦ nachhaltige politische Entscheidungen im europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung, damit ihre volle Integration in die Gesellschaft nicht nur das Thema feierlicher Reden ist, sondern Wirklichkeit wird;
- ♦ eine wirkliche Bildungsreform, welche die öffentliche Schule als Zentrum der Chancengleichheit in die Lage versetzt, ihre Aufgabe zu erfüllen.

PISA 2 läuft. Wir brauchen nicht, eine auf diese Prüfung getrimmte Schule, sondern eine Schule der Menschlichkeit und optimalen Wissensvermittlung, eine Schule der Chancengleichheit, die auch den Schwachen und Schwächeren eine Chance gibt, statt sie in die Verzweigung zu stürzen und perspektivlos zu machen.

Unser Schulsystem muss performant sein, um der Jugend und dem Land eine Chance zu geben. Sie muss solidarisch sein, muss den Respekt und die Zusammenarbeit von Lehrern, Professoren, Schülern und Eltern fördern, statt Schuldzuweisung oder Verantwortungslosigkeit zu unterstützen.

Wir begrüßen, dass die Regierung endlich, im Rahmen der Arbeitsplatzzerhaltung und als Alternative zu Entlassungen, Arbeitszeitverkürzung, akzeptiert hat. Damit ist ein Tabu gebrochen und der Weg ist frei für eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. Statt Arbeitslosigkeit, eine arbeitsplatzsichernde Maßnahme, die auch der Dimension Arbeitsplatzschaffung und Humanisierung der Arbeitswelt gerecht werden muss!



Die Priorität unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Verhinderung der Massenarbeitslosigkeit! Arbeitszeitverkürzung ist ein konkretes Mittel! Um diese zu realisieren, brauchen wir die Solidarität des Patronats statt dessen Profitstrebens, brauchen wir eine verantwortungsbewusste Regierung, die durch Investitionen und Diversifizierung unsere Wirtschaft wieder ankurbelt!

1. Mai - Düdelingen



Eine andere Priorität unseres gewerkschaftlichen Einsatzes bleibt die Realisierung einer optimalen Infrastruktur im Pflege-, Reha- und Gesundheitsbereich.

Kolleginnen, Kollegen!

Heute besteht immer noch ein Notstand an Pflegebetten und morgen können es Klinikbetten oder altmodische und damit gefährliche Infrastrukturen - wie zum Beispiel die Kinderklinik - sein. Es wird allerhöchste Zeit, etwas zu tun, statt wertvolle Zeit und Geld über Größe, Farbe und Qualität der Steine für ein überflüssiges PEI-Museum zu verlieren.

Das schwierigere wirtschaftliche Umfeld, das Ziel der EU - im Namen der Globalisierung und wirtschaftlicher Höhenflüge das Sozialgefüge zu zerstören - verlangt gewerkschaftlichen Widerstand. Dieser Widerstand soll geregelt werden, wenn es nach Justizminister Frieden geht! Die rezenten Aussagen von Frieden zum Thema "Lex Greenpeace" bestätigen uns in unserer Auffassung, dass die Bewegungsfreiheit, die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften eingeschränkt werden sollen!

Wir haben als erste gegen die Verschärfung des Strafrechtes protestiert. Wir haben genauso als erste über das andere und erste Gesetzesprojekt "Repression des Terrorismus" protestiert und gewarnt! Beide Projekte ergänzen sich und die Philosophie, die ihnen zugrunde liegt, ist gefährlich und inakzeptabel. Wir wollen nicht mit Terroristen gleich gestellt werden. Wir wollen ohne komplizierte Prozeduren vor Krankenhäusern, Betrieben und Ministerien "präventiv" manifestieren dürfen. Wir wollen keine Genehmigungs- und keine Gerichtsverfahren, weil wir riskieren, bei so genannten genehmigten Aktionen mit einem Fuß auf dem Betriebsgelände und dem anderen auf einer öffentlichen Straße zu stehen und dafür bestraft, ja wie Kriminelle behandelt zu werden.

Ein Jahr vor den Parlamentswahlen hat keine Regierung die Legitimation eine solche, die Bewegungs- und Aktionsfreiheit einschneidende Maßnahmen, erzwingen zu wollen. Das Parlament, als gesetzgeberische Instanz, als oberster Hüter von

Demokratie und Freiheit, muss die Regierung zurecht weisen und die legislative Prozedur abbrechen.

Die DP sollte ihrerseits Farbe bekennen! Im Parlament war vorgestern die kräftige Aussage zu vernehmen, dass Liberale gegen Maulkorbmethoden sind! "Die Botschaft hör ich, doch allein mir fehlt der Glaube." Es geht um die Handlungsfähigkeit der Demokratie gegen einen über- und allmächtigen Staat und seine Bevormundung! Wer solche Gesetze will, trägt die Verantwortung für die daraus entstehende Gewaltbereitschaft und Tätigkeit. Das alles zerstört das 25-Jahre alte Luxemburger Modell! Staatsminister Juncker steht in der Verantwortung und muss sich gegen die Falken in den eigenen Reihen durchsetzen. Wir werden auf jeden Fall den Widerstand organisieren.

Kolleginnen, Kollegen!

Es wurde uns nie etwas geschenkt, auch nicht in Zukunft!
"Et geet elo déck duer"!

Starke, freie und solidarische Gewerkschaften wie unsere, sind auch weiterhin in der Lage, beste Interessenvertreter zu sein!

Gemeinsam wollen wir "d'Zukunft sécheren".

"Vive den 1. Mee".



**Manifestation du CSI-SLLTPO du
1er mai à Dudelange : texte de
l'allocution de Jean-Claude
Reding, président du CSI-SLLTPO**

Chères, chers collègues,

La paix, la liberté et du pain pour tous est une vieille devise du mouvement ouvrier, une devise qui reste hélas d'actualité pour le mouvement syndical moderne, le mouvement syndical du XXI^e siècle.

La guerre contre l'Irak souligne l'actualité de la thématique de la paix, la mondialisation et la mauvaise situation économique mondiale soulignent l'importance des deux autres thèmes de notre devise.



La paix reste un objectif fondamental pour nous.

Nous refusons la guerre comme moyen de la politique, parce que nous savons que les principales victimes civiles et militaires des guerres sont les travailleurs et leurs familles. Et si en Irak les palais du dictateur ont brûlé, combien de familles d'ouvriers, d'employés, d'artisans, de paysans ont tout perdu dans la fureur guerrière. Combien d'enfants ont été mutilés rendus malades pour le restant de leurs jours ?

Nous vivons ici sur une terre qui a été abreuvée de sang au XIX^e et au XX^e siècle. Des milliers de victimes de la guerre franco-allemande de 1870, de la grande guerre de 14-18, de la 2^e guerre mondiale, de la terreur nazie et de l'holocauste gisent dans notre sol. Patiemment depuis la moitié du siècle dernier nous avons travaillé pour dépasser les politiques qui ont été à la base de ces désastres. Nous sommes conscients que la bonne volonté, les sentiments généreux ne suffisent pas pour établir durablement la paix. C'est une des raisons de notre engagement pour un nouveau modèle de relations entre pays fondé sur le respect du droit international et de la Charte des Nations unies. Dans la même optique, nous nous sommes engagés dans la construction européenne et c'est sur cette base, dans cette tradition, que nous avons pris

**1. Mai-Demonstration des IGR-SLLTWP
in Düdelingen: Text der Ansprache
von Jean-Claude Reding,
Vorsitzender des IGR-SLLTWP**

position contre la politique de l'administration Bush dans le conflit autour de l'Irak et que nous avons fortement contribué au grand succès de la manifestation pour la paix du 15 février de cette année. La guerre contre l'Irak était une guerre illégitime. La chute d'un dictateur sanguinaire est une bonne chose, mais ne donne pas une légitimation après coup. La question de l'avenir de l'Irak n'est pas réglée et rien n'est moins sûr que la perspective d'un avenir démocratique pour ce pays. Nous demandons que tout soit fait pour aider le peuple irakien, pour reconstruire ce pays, pour rétablir le fonctionnement des services vitaux et pour donner au peuple irakien la possibilité de régler lui-même son avenir. Une telle action doit se faire sous l'égide des Nations unies.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Friede, Brot und Freiheit für alle Menschen in der Welt ist eine alte Devise der Arbeiterbewegung, eine Devise, die auch für die Gewerkschaftsbewegung des 21. Jahrhundert aktuell bleibt.

Frieden bleibt ein wesentliches Ziel für uns.

Die große Mehrzahl der Kriegesopfer sind Arbeitnehmer und ihre Familien. Und wenn im Irak die Paläste brannten, so brannten auch zahllose Hütten und viele Menschen verloren alles, was sie hatten.



Wir leben in einer Region, deren Boden Blut getränkt ist. Zu Zehntausenden zählen sich die Opfer des deutsch-französischen Krieges von 1870, des ersten und des zweiten Weltkrieges, des Holocaust in unserer Region. Geduldig, aber beharrlich haben wir daran gearbeitet die Politiken, die am Ursprung dieser Desaster stehen, zu überwinden. Für uns muss das Völkerrecht die Beziehungen zwischen den Staaten regeln. Unser Friedensengagement steht auch mit am Anfang

unseres Einsatzes für die europäische Union und erklärt auch unseren Protest gegen die kriegerische Politik der Bush-Administration. Der Krieg gegen den Irak war ein Verstoß gegen das Völkerrecht und die europäischen Alliierten der USA haben die europäische Idee verraten. Der Sturz eines Diktators ist eine gute Sache, legitimiert den Verstoß gegen das Völkerrecht aber nicht nachträglich. Demokratie bleibt Zukunftsmusik für den Irak. Hilfe ist notwendig für den Wiederaufbau des Landes. Dies muss unter der Kontrolle der Vereinten Nationen geschehen, sonst haben der Frieden und die Demokratie auf Dauer keine Chance.



Chères, chers collègues,

Le mouvement syndical international a lancé pour ce premier mai une campagne pour le respect des droits des travailleurs partout dans le monde.

Le respect des droits des travailleurs est essentiel pour mettre fin à la pauvreté, pour garantir la santé et la sécurité des travailleurs et de leurs familles, pour mettre fin à l'exploitation honteuse de millions de travailleurs, dont beaucoup d'enfants.

Le respect des droits des travailleurs est essentiel pour garantir une vie dans la liberté et la dignité.

La mondialisation actuelle avec son cortège de dérégulations, de destruction d'emplois, de crises économiques, de chômage, d'insécurité et de misère est une attaque contre les droits sociaux, les droits de l'homme et la démocratie. Nous exigeons que le commerce mondial des biens et services soit enfin doté d'une régulation efficace qui soumette le commerce et l'activité économique au respect des droits des travailleurs, des normes environnementales et de protection de la santé. Nous exigeons une régulation qui garantisse que la mondialisation de l'activité économique n'entrave pas le fonctionnement de la démocratie et qui respecte les institutions et services publics créés dans beaucoup de pays pour donner un contenu, une réalité au droit à l'éducation, au droit à la santé, au droit à une protection sociale, à un logement etc.

Les négociations autour de l'accord général sur le commerce de services constituent une menace pour nos systèmes d'éducation, nos systèmes de santé et de protection sociale et plus généralement pour nos services publics, qui sont un élément important de notre système social.

Ces négociations se déroulent sans vraie transparence et sans véritable contrôle démocratique, alors que les implications peuvent être fondamentales pour notre système social.

Nous exigeons que les services publics, l'éducation, la santé, la protection sociale soient exclus de ces négociations. Les négociations sur l'AGCS risquent de mettre en cause les règles de notre droit du travail. Pour toutes ces raisons, nous exigeons un moratoire de ces négociations et une révision fondamentale de l'accord sur l'OMC.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Am diesjährigen 1. Mai fordern wir international den Respekt unserer sozialen Rechte und unserer Rechte auf dem Arbeitsplatz.

Im Zeitalter der Globalisierung ist der Respekt unserer individuellen und kollektiven Rechte wesentlich, um der Armut ein Ende zu setzen, um unsere Gesundheit auf unserem Arbeitsplatz zu schützen, um Schluss zu machen mit der schändlichen Ausbeutung von Millionen von Arbeitnehmern, darunter zahllose Kinder.



Die Globalisierung der Wirtschaft müssen wir heute mit Sozialabbau, Arbeitsplatzzerstörung, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Armut gleich setzen. Die Globalisierung stellt die Demokratie und die Menschenrechte in Frage.

Deshalb verlangen wir, dass endlich neue internationale Regelungen für den Welthandel geschaffen werden, die die wirtschaftlichen Interessen den Menschenrechten und den Erfordernissen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes unterwerfen. Wir fordern, dass die demokratischen Entscheidungen der Völker, dass die nationalen Souveränitäten respektiert werden, dass die öffentlichen Dienste, die wir aufgebaut haben, um dem Recht auf Gesundheit, auf soziale Sicherheit,

auf Bildung, auf eine Wohnung, einen Inhalt zu geben ebenfalls respektiert werden.

Die Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, die sogenannten GATS-Verhandlungen, sind eine wirkliche Bedrohung für unser Bildungs- und Gesundheitswesen, für unser System der sozialen Sicherheit, für den öffentlichen Wohnungsbau und für den öffentlichen Transport. Diese Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne demokratische Transparenz statt. Wir verlangen, dass die öffentlichen Dienste aus den GATS-Verhandlungen ausgeschlossen werden, dass gewährleistet wird, dass die demokratischen Entscheidungen der einzelnen Länder, die Vereinbarungen der Internationalen Arbeitsorganisation und die internationalen Umweltschutzabkommen Vorrang über die Welthandelsvereinbarungen haben.



Chères, chers collègues,

La mondialisation a des conséquences directes pour notre région qui n'est pas épargnée par les restructurations et les délocalisations.

Je ne voudrais rappeler que l'impact des fusions de banques sur l'emploi dans le secteur financier au Luxembourg, les délocalisations et fermetures d'entreprises industrielles en Lorraine, le conflit autour de la stratégie industrielle d'Arcelor.

Dans un tel contexte, la Commission européenne, le Conseil européen, nos gouvernements donneraient une réelle crédibilité à leurs discours sur le modèle social européen s'ils mettaient la protection des travailleurs et le renforcement des droits des travailleurs à l'ordre du jour, et ceci avant l'élargissement. Malheureusement, il n'en est rien et d'aucuns dans le cadre de la préparation d'une constitution européenne, essaient même de diminuer le rôle des syndicats et des représentants des travailleurs.

Kolleginnen und Kollegen,

Die Globalisierung hat direkte Auswirkungen auf unsere Region. Umstrukturierungen, Fusionen führen zu Arbeits-

platzabbau. Die Verlagerung von Betrieben und Betriebsteilen steht auf der Tagesordnung.

Auf diesem Hintergrund wäre die europäische Kommission gut beraten, wenn sie die Stärkung der Arbeitnehmerrechte auf die Tagesordnung setzen würde. Ansonsten die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der Erweiterung der EU schnell in Widerstand umschlagen kann.

Wir sind aber weit von einer Verstärkung der Arbeitnehmerrechte auf EU-Ebene entfernt, im Gegenteil, im Konvent wird versucht die Rechte der Gewerkschaften zurückzudrängen.

Chères, chers collègues,

Depuis deux ans, l'Union européenne s'est enfoncée dans un marasme économique qui risque de se transformer en une véritable récession, en une crise, si l'Union européenne n'engage pas une politique conséquente de relance qui vise à utiliser le potentiel économique du plus grand marché intérieur du monde.

Les recettes proposées par la Commission européenne et par le Conseil européen depuis fin mars vont dans une autre direction.

Le débat sur une adaptation du pacte de stabilité et de croissance est déclaré clos. Aucun plan de relance coordonnée n'est envisagé, au contraire, les pays sont astreints au strict respect des critères de Maastricht, au risque de devoir appliquer une politique d'austérité qui risque de renforcer les tendances récessionnistes, sans parler des conséquences sociales de ces mesures.

Faut-il rappeler que la politique budgétaire des Etats-Unis avec un déficit public de 4,5% est une pure hérésie par rapport à l'orthodoxie budgétaire européenne ?



Les recettes de nos dirigeants politiques sont :

- ◆ moins de sécurité d'emploi,
- ◆ plus de facilités de licenciement,
- ◆ la mobilité géographique c'est-à-dire la migration à

travers l'Europe à la recherche d'un emploi,

- ♦ la diminution des prestations chômage pour que les chômeurs acceptent plus facilement n'importe quel emploi.

C'est ça, la réforme du marché du travail !

Ils veulent nous faire croire que la dérégulation toujours plus poussée du droit du travail, l'augmentation de l'insécurité sociale, la modération salariale et la diminution des allocations chômage, la diminution des retraites créeraient des emplois et permettraient un renversement de l'évolution négative de la situation économique. L'expérience des 10 dernières années a démontré que cette politique ne fonctionne pas. Le chômage est resté élevé, malgré de légères améliorations fin des années 90. Les inégalités sociales dans nos pays se sont partout creusées, l'insécurité a augmenté, la peur de l'avenir s'est développée dans nos sociétés avec ses corollaires que sont le repli sur soi, l'agressivité, le stress et les maladies psychiques.



Pour redonner confiance aux femmes et aux hommes qui vivent dans nos pays

- ♦ il faut cesser de s'attaquer aux revenus des salariés
- ♦ il faut cesser de s'attaquer aux retraites - et je salue ici le combat des syndicats français et leur souhaite plein succès dans leur lutte
- ♦ il faut cesser de s'attaquer aux prestations chômeages - et je voudrais ici apporter notre soutien à l'action de nos collègues allemands contre les projets de leur gouvernement
- ♦ il faut cesser de s'attaquer à nos services publics
- ♦ il faut investir dans le transport public - et je voudrais exprimer notre solidarité aux cheminots dans leur lutte contre les conséquences néfastes de la libéralisation du rail pour ce service public
- ♦ il faut investir dans notre système de santé et dans son personnel - et là aussi j'exprime notre solidarité au personnel des hôpitaux luxembourgeois en lutte pour leur convention collective de travail
- ♦ il faut développer, améliorer notre enseignement public au lieu de vouloir le soumettre aux besoins économiques à court terme et de vouloir le privatiser.

Pour redonner confiance aux salariés, il faut renforcer au niveau européen et au niveau national les droits des salariés et de leurs syndicats en cas de restructuration, ou de fusion. Les dirigeants d'entreprises, les actionnaires ne doivent pas avoir le droit de prendre discrétionnairement des décisions en ne prenant en considération que leurs propres intérêts économiques. Ils ont une responsabilité sociale pour leurs salariés, ils doivent prendre en compte les conséquences de leurs décisions pour la région dans laquelle leur entreprise est implantée. Et l'appel à leur bonne volonté ne suffit pas, il faut un cadre légal réglementaire au niveau européen et national qui impose cette responsabilité aux chefs d'entreprise et qui encadre le droit de propriété et le droit d'entreprendre.

Kolleginnen und Kollegen,

Die europäische Union ist dabei, im Sumpf des wirtschaftlichen Abschwungs zu versinken.

Wenn nicht gegen gesteuert wird, droht sich die Wirtschaftsflaute in eine Krise zu verwandeln. Notwendig wäre eine koordinierte europäische Initiative für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Sozialabbau ist in diesem Zusammenhang nicht nur sozial ungerecht, sondern auch kontraproduktiv.

Lohnmäßigung, Rentenabbau, Austeritätspolitik, Eingriffe in die Tarifautonomie müssen gestoppt werden. Die Erfahrung der letzten zehn Jahre zeigt, dass dies die falschen Rezepte sind.

Wir verlangen:

- ♦ Stopp der Politik des Lohnabbaus und der Lohnmäßigung!
- ♦ Stopp den Angriffen auf unser Rentenwesen – Solidarität mit dem Kampf der französischen Gewerkschaften !
- ♦ Stopp den Angriffen auf unser Einkommen und unseren Sozialschutz.

Wir brauchen mehr Schutz, mehr Rechte bei der Restrukturierung, der Fusion von Unternehmen.

Chères, chers collègues,

Nous vivons dans une région qui, pendant les trente dernières années s'est de plus en plus rapprochée, qui constitue un espace économique, social et culturel très imbriqué, malgré sa diversité. Le développement de la collaboration, de la coopération dans notre grande région peut être une chance unique pour nous dans le cadre d'une union européenne élargie.

Lors du Sommet de la Grande région qui réunira fin juin les chefs de gouvernement du Luxembourg, de la Sarre, de la Rhénanie-Palatinat, de la Wallonie, de la Communauté ger-

manophone de Belgique et les responsables des institutions politiques de la région lorraine, un document sur une vision pour la Grande région à l'horizon 2010 sera présenté. Le mouvement syndical interrégional intervient dans ce débat. Nous croyons qu'une coopération renforcée autour d'institutions et de projets communs, une vision commune du développement de notre région peut être bénéfique pour toutes les composantes de notre région. Pour cela, il faudra que notre région se fasse remarquer par une structure sociale exemplaire. La justice sociale doit être considérée comme l'image de marque d'une évolution moderne de notre région.



La coopération au sein de notre région doit avoir pour but d'améliorer la qualité de vie des femmes et des hommes qui vivent dans la Grande région. Le plein emploi doit être une priorité politique. Et, il y a des moyens d'apporter un plus à la création d'emploi de qualité, au maintien d'emplois par une coopération intelligente en matière de politique d'aménagement du territoire, par la coordination de la politique des transports, la collaboration dans le domaine de la prospection économique, la coopération interrégionale en matière de recherche, de formation professionnelle initiale et continue.

Kolleginnen und Kollegen,

Unsere Region wächst stetig zusammen. Wir empfinden dies als Chance. Deshalb verlangen wir von unseren Regierungsverantwortlichen, dass sie sich für mehr Zusammenarbeit in der Großregion einsetzen. Dabei liegt unsere Zukunft nicht in der Konkurrenz auf den Löhnen, sondern auf dem Aufbau einer sozialen Modellregion, die gleichzeitig auf die Zusammenarbeit und auf hohe soziale Standards setzt. In der Großregion brauchen wir eine Zusammenarbeit auf der Ebene des Bildungswesens, der Berufsbildung, der Weiterbildung, sowie der Hochschulbildung und der Forschung.

Chères, chers collègues,

Notre région constitue un marché du travail interrégional, transfrontalier. Cela est un atout économique important, si

nous avons une approche positive fondée sur le principe de la non-discrimination du travail transfrontalier, sur le respect des règles fixées par le droit du travail et les conventions collectives de travail.

La mobilité des travailleurs dans notre région ne doit pas être considérée comme une variable d'ajustement dans le fonctionnement des entreprises ou comme un moyen pour peser sur les relations sociales, les négociations collectives et pour propager le dumping social.

Chères, chers collègues,

Le premier mai est la journée des travailleurs qui célèbrent les accomplissements du mouvement syndical et qui regardent vers l'avenir.

En ce premier mai 2003 nous appelons au respect des droits des travailleuses et travailleurs, qui sont menacés par de puissants intérêts économiques mondiaux.

Nous appelons au respect des droits et préoccupations des jeunes dans le monde, qui cherchent à construire leur avenir par l'éducation et par des emplois solides et de bonne qualité.

Nous appelons au respect de la dignité des hommes et des femmes sur leur lieu de travail.

Nous appelons au respect de la santé et de la sécurité des travailleurs sur leur lieu de travail.

Ensemble nous agissons pour combattre l'exploitation, l'oppression et la discrimination et pour créer un monde juste et démocratique où chacun et chacune pourra vivre sa vie dans le respect et la dignité !

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der 1. Mai ist ein Feiertag der Arbeitnehmer. Wir können mit Stolz auf unsere Errungenschaften zurückschauen. Wir wissen aber, dass die wilde Globalisierung des Kapitalismus dabei ist, all unsere sozialen Errungenschaften in Frage zu stellen und, dass es darum geht Widerstand zu leisten und Alternativen zu entwickeln, die nicht auf dem Primat des Profits aufbauen, sondern die die soziale Dimension der menschlichen Tätigkeit und die Menschenrechte in den Vordergrund rücken!

**Es lebe die internationale Solidarität!
Es lebe der 1. Mai!**

**Vive la solidarité syndicale internationale !
Vive le premier mai !**

OGB♦L-Unterredung mit Minister Frieden zum Artikel 442-1. des Strafgesetzbuches

Freiheiten müssen garantiert bleiben

Der OGB♦L hatte als erste Organisation 2002 auf die Probleme im Zusammenhang mit dem Artikel 442-1. aufmerksam gemacht und bei der Regierung interveniert.

Nachdem der OGB♦L bereits am 27. Januar 2003 anlässlich seiner Unterredung mit der Regierung seine Bedenken in Bezug auf Vorentwurf eines Gesetzes angemeldet hatte, der eigentlich die friedliche Nutzung von Eigentum und die Bewegungsfreiheit garantieren soll, in der Praxis aber riskiert die Veranstaltung von Protestaktionen unmöglich respektive schwieriger zu machen, fand am 22. Mai eine weitere Unterredung einer OGB♦L Delegation angeführt von OGB♦L-Präsident John Castegnaro mit Minister Frieden statt. Diese verlief in einem konstruktiven Geist und gab durchaus Anlass zur Hoffnung auf eine Lösung.

Da bislang kein überarbeiteter Text vorliegt, der die Befürchtungen des OGB♦L entkräftet, waren erneut die Sorgen des OGB♦L hinsichtlich der Einschränkung der Freiheiten im allgemeinen, der Gewerkschaftsfreiheit und der gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten, Gegenstand des Meinungsaustauschs mit dem Justizminister. Der Minister unterstrich, dass er die Auffassung des OGB♦L teile und nichts unternommen werde, was das Streikrecht einschränken könne. Grundsätzlich einig waren beide Parteien sich auch über die Zielrich-

tung des Gesetzes, nämlich Grundfreiheiten friedlich co-existieren zu lassen und die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten.

Der OGB♦L begrüßt, dass für den Minister, dieses Ziel nicht mehr notwendigerweise über die Einführung des Artikels 442-1. in das Strafgesetzbuch erreicht werden muss. Er ist damit einverstanden, dass sich alternative Lösungsmöglichkeiten anbieten.

Der Minister teilte weiter mit, dass er sich zeitgleich mit der legislativen Prozedur in einer Konsultationsphase befinde, an deren Ende die nötigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Der OGB♦L verlangte in diesem Zusammenhang die Berufskammern zu befassen, was der Minister akzeptierte.

Der OGB♦L wies noch einmal auf das Risiko der Gewaltbereitschaft hin, das mit jedem Einschnitt in die Grundfreiheiten wächst und wertet die Zusage des Ministers, auf die Kriminalisierung (Haftstrafen) bei Zuwiderhandlung zu verzichten, als ersten Erfolg.

Der OGB♦L wird nun den überarbeiteten Text, der vom Minister in Aussicht gestellt wurde, abwarten, um abzuwägen ob dieser seine Befürchtungen entkräften kann.



Erklärung zur Lage der Nation

Sofortiger Rückzug des Artikels 442.-1

Im Vorfeld der diesjährigen Erklärung zur Lage der Nation drängte der OGB♦L in einer Pressemitteilung vom 16. Mai, auf eine wichtige Weichensetzung in gewerkschafts- und sozialpolitischen Bereichen.

„Der OGB♦L fordert den Staatsminister und die Regierung auf, unverzüglich die so genannte „Lex Greenpeace“, das umstrittene Gesetzesprojekt zur Abänderung des **Artikels 442.-1** des Strafgesetzbuches zurückzuziehen. Entgegen aller gegenteiliger Beteuerungen, bedeutet die geplante Ausweitung der strafrechtlichen Bestimmungen über Hausfriedensbruch für den OGB♦L eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Aktionsmittel der Gewerkschaft. Auch wenn es klar ist, dass das Streikrecht erhalten bleibt, so geht es vorrangig um den Erhalt der allgemeinen Bewegungsfreiheit und der Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften, um

ihr Recht auf eine demokratische Meinungsäußerung ohne komplizierte bürokratische Genehmigungsverfahren und strafrechtliche Verfolgung. Der OGB♦L warnt in diesem Zusammenhang auch vor einer Eskalation der Gewaltbereitschaft, die durch die geplante Einengung vorprogrammiert zu sein scheint.

OGB♦L verlangt klare Zeichen!

Der OGB♦L erwartet vom Premierminister endlich konkrete Aussagen was die Reform des Kollektivvertragsgesetzes und der Mitbestimmungsgesetze sowie eine tiefgreifende Reform des nationalen Schlichtungsamtes und der Inspection du Travail et des Mines betrifft. Aufgrund jahrelanger Karenzen, verträgt die **Modernisierung der Gewerkschaftsgesetze** keinen Aufschub mehr. Mit seiner Petitionsaktion

„Mehr Rechte für die Personalvertreter“ wird der OGB♦L seine berechtigte Forderung nach einer grundlegenden Reform der Gewerkschaftsrechte sowie einem verbesserten Kündigungsschutz der Personalvertreter wirkungsvoll untermauern.

Des Weiteren verlangt der OGB♦L eine gesetzgeberische Initiative in Sachen **Arbeitszeitverkürzung**, die im aktuellen wirtschaftlichen Kontext nun sogar in der Tripartite vom 26. März als adäquates Mittel zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit und dem Erstellen von Sozialplänen angesehen wird.

Letztendlich erinnert der OGB♦L daran, dass auch weiterhin eine absolute Priorität der **Vollbeschäftigung** gelten muss.“



Indexdiskussion

Wiederholungstäter FEDIL

Nachdem in der nationalen Tripartite, das Thema Index definitiv abgehakt wurde, es also klar war, dass es nicht zur Debatte steht, nimmt die FEDIL nun im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom nächsten Jahr einen neuen Anlauf, um den Index erneut ganz oder in seinen Grundfesten (etwa durch die Einführung einer Minimaltranche) in Frage zu stellen.

Der OGB♦L stellt klar, dass der Index für die Gewerkschaft ein Tabu-Thema ist, so wie z. B. die Arbeitsverkürzung vom Patronat als Tabu betrachtet wird. Darüber hinaus lässt für

den OGB♦L das 1984-Gesetz mit seinen „clignotants“ genügend Spielraum um gegebenenfalls, also bei einer länger anhaltenden, schweren Krise, eine globale, umfassende Lösung zu finden.

Der OGB♦L lehnt jedenfalls weiterhin konsequent jede Form von Veränderung ab und bedauert den erneuten Vorstoß der Fedil, die nicht nur den Sozialdialog erschwert, sondern den sozialen Frieden aufs Spiel setzt und durch die Indexdiskussion in die Kollektivvertragsverhandlungen einen permanenten Unruhe- und Störfaktor einbringt.

Erklärung des Staatsministers zur Lage der Nation

Grundsätzlich positiv, aber die Umsetzung wird entscheidend!

Insgesamt macht der OGB♦L eine positive Einschätzung der diesjährigen Erklärung des Staatsministers zur Lage der Nation, die in ihren wesentlichen Grundzügen, den Schlussfolgerungen der Tripartite und dem Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrates Rechnung trägt, die natürlich aber eine politische Rede ist.

Der OGB♦L streicht insbesondere die Aussagen im **sozial- und arbeitsrechtlichen Gebiet** hervor, da gerade in diesem Themenbereich eine Konsolidierung angekündigt wurde. Begrüßt wird, dass das **Arbeitsrecht** nicht "verdünnt", der **Index** nicht abgeschafft wird und in seiner aktuellen Form bestehen bleibt, dass die **Arbeitszeitverkürzung** als mögliches Mittel um Entlassungen und das Erstellen von Sozialplänen zu verhindern möglich wird, dass das Gesetz über die Niederlassung endlich zur Abstimmung kommt und, dass das legislative Arsenal zur Bekämpfung der Konkurse erweitert werden soll.

Der OGB♦L hofft jedoch, dass es nicht nur bei den Ankündigungen bleibt - gerade im Bereich der Konkurse gibt es jahrelange Versprechen und Karenzen, die endlich aufgeholt werden müssen - und wiederholt seine Forderung nach der Reform und Modernisierung des Kollektivvertragsgesetzes und der Mitbestimmungsrechte.

Der OGB♦L nimmt des Weiteren zur Kenntnis, dass der Premier Beitragserhöhungen bei den **Krankenkassen** ausschließt, mit dem Verweis, dass, falls sich die Notwendigkeit einer Anpassung ergeben würde, ein Gleichgewicht außerhalb der simplen Beitragserhöhung gefunden werden muss. Ohne vorgehen zu wollen, stellt der OGB♦L bereits jetzt klar, dass er keinesfalls Leis-

tungsverschlechterungen für die Versicherten in Kauf nehmen wird.

In Sachen **Pensionen** begrüßt der OGB♦L, dass laut Aussagen des Premiers das Dossier zur Zeit nicht zur Diskussion steht und schaut gelassen auf die angekündigte Revision im Jahr 2006 im Rahmen der 7-Jahres-Periode. Er weist darauf hin, dass die angelegten Reserven gerade in schwierigen Zeiten helfen können Engpässe zu überwinden. Im Sinne einer wohlverstandenen Verantwortung, drängt der OGB♦L aber weiter auf die Einberufung des Rententischen "bis", der alternative Finanzierungsquellen, neue Anlagemöglichkeiten und die Rechte der Frauen behandeln soll.

Letztendlich bedauert der OGB♦L, dass der Premierminister das Gesetzespro-

jekt zur Abänderung des **Artikels 442.1.** des Strafgesetzbuches nicht zurückziehen wird, begrüßt jedoch, dass der Premier - wie schon bei früheren Gelegenheiten - Diskussionsbereitschaft zu diesem Thema hat erkennen lassen und die Sorgen der Gewerkschaften teilt. Der OGB♦L wird auf sein Angebot, gemeinsam einen Weg zu suchen, um freiheitliche Zielkonflikte zu lösen zurückkommen und die sich daraus ergebenden Präzisionen vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus analysieren.

Ganz allgemein warnt der OGB♦L jedoch davor, dass der Teufel möglicherweise im Detail steckt und sich hinter vordergründig positiven Aussagen, möglicherweise Negatives verbirgt. Der OGB♦L wird wie gewohnt, die weitere Entwicklung verfolgen und sich zu gegebener Zeit zu Wort melden



Tagung der OGB♦L Exekutive

EHL: Kurz vor einem Streik !

In ihrer Tagung vom 28. April 2003 ging die OGB♦L-Exekutive auf die aktuelle Lage ein und beschäftigte sich neben der Vorbereitung der diesjährigen 1. Mai Feiern in Düdelingen und Vianden, mit den Arcelor-Manifestationen der vergangenen beiden Wochen. Die Exekutive unterstrich hier noch einmal ausdrücklich ihre Solidarität mit den betroffenen Arbeitern und ihren Familien, verurteilte aber genauso klar die schweren Ausschreitungen anlässlich der beiden Demos.

Entente des Hôpitaux: voll in den Konflikt hinein

In Sachen Kollektivvertrag der Krankenhäuser bedauert die Exekutive die sture Haltung einzelner Mitglieder der Verhandlungskommission der EHL, die mit einer großen Unkenntnis der eigenen Vertragsgeschichte und der von der eigenen Organisation über Jahre mühsam mit dem Personal und ihren Gewerkschaften aufgebauten Prinzipien und Grundsteinen der Kollektivvertragsverhandlungen, riskiert die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Sollte anlässlich der am 9. Mai stattfindenden nächsten Verhandlungsrunde keine Kehrtwendung herbeigeführt werden, wird der Widerstand des Personals weiter verschärft und werden weitere Aktionen in den Spitälern folgen.

Nationale Tripartite: der OGB♦L meldet schriftlich Bedenken an

Die Exekutive begrüßt grundsätzlich, dass der Elternurlaub in seiner augenblicklichen Form und die arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen des 1999-er PAN-Gesetzes weitergeführt werden. Der OGB♦L hat allerdings in einem Brief vom 24. April an den Premierminister schriftlich Bedenken angemeldet, was die Flexibilisierung der Arbeitszeit betrifft und verlangt im Gegenzug für die Verlängerung der Referenzperiode u.a. die gesetzliche Einführung der 6. Urlaubswoche. Beim Elternurlaub unterstreicht der OGB♦L seine Ablehnung der neuen Anwendungsregelungen, da diese die Sub-

stanz des Elternurlaubs in Frage stellen. Prinzipiell hat der OGB♦L dem unbezahlten Urlaub zur Sterbebegleitung von Familienangehörigen zugestimmt, verlangt allerdings die unverzügliche Klärung aller praktischen Details und bedauert, dass diese Maßnahme sozial ungerecht ist, da nicht jeder sich sechs Monate unbezahlten Urlaub leisten kann.

Anpassung der Arzthonorare: keine Leistungsver-schlechterung für die Versicherten

Die Exekutive nimmt den Gesetzesvorschlag zur 6,7%igen Anhebung und der automatischen Indexanpassung der Arzthonorare zur Kenntnis, der in den kommenden Wochen von den OGB♦L-Gremien im Detail analysiert werden wird. Die Exekutive fordert, dass die 17,7 Millionen Euro Mehrkosten vom Staatshaushalt getragen werden müssen und stellt klar, dass der OGB♦L keine Beitragserhöhungen oder Leistungsver-schlechterungen für die Versicherten hinnehmen wird.

Artikel 442-1. des Strafgesetzbuches: der Minister muss Farbe bekennen

Die Exekutive bedauert, dass die Regierung an der "Lex Greenpeace" grundsätzlich festhält, unter dem Vorwand die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Für den OGB♦L bedeutet die geplante Ausweitung der strafrechtlichen Bestimmungen über Hausfriedensbruch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Aktionsmittel der Gewerkschaft. Bei dem für Mai anberaumten Gespräch mit dem OGB♦L, ist der Justizminister aufgefordert, präzise Zusagen zu machen.

Abschließend kommentierte die Exekutive die Lage auf dem Arbeitsmarkt, das Abkommen über die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sowie die Ausbezahlung der "Mammerent".



Ladenöffnungszeiten

Am 11. April 2003 wurde ein Rahmenabkommen über die Ladenöffnungszeiten von der Handelskonföderation einerseits und den Gewerkschaften OGB♦L und LCGB andererseits unterschrieben. Gemäss diesem Abkommen können die Geschäfte an 3 Vortagen von Feiertagen und an 7 Samstagen auf freiwilliger Basis bis 20.00 Uhr geöffnet bleiben.

Warum dieses Rahmenabkommen ?

In den vergangenen Jahren wurden die Gewerkschaften immer wieder damit konfrontiert, dass das Mittelstandsministerium dem Druck der Handelskonföderation nachgab, und der Minister seine Genehmigung gab, die Öffnungszeiten der Geschäfte an verschiedenen Tagen bis 20.00 Uhr zu verlängern. Immer wieder war das Personal der Leidtragende dieser Genehmigungen, die einerseits zu erschwerten Arbeitsbedingungen führten, andererseits dem Personal aber keine Kompensationen in Form von einem Lohnzuschlag für die Stunden nach 18.00 Uhr bezahlt wurden.

Die Gewerkschaften OGB♦L und LCGB waren sich bewußt, dass es für das Jahr 2003 zu einem Abkommen mit der Handelsföderation kommen mußte, um zu verhindern, dass durch eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes ähnlich wie in Deutschland plötzlich alle Samstage im Jahr bis 20.00 Uhr gearbeitet werden muss.

Die Gewerkschaften haben erreicht:

- ♦ Eine Begrenzung der Zahl der verlängerten Öffnungszeiten an Samstagen und Vorabenden der Feiertage. Somit wurde die bisherige willkürliche Praxis durchkreuzt.
- ♦ Einen Zuschlag von 30 % auf freiwilliger Basis für jede gearbeitete Stunde ab 18.00 Uhr an Samstagen und an Vorabenden der Feiertage.
- ♦ Die Beibehaltung des gesetzlichen Prinzips, dass samstags und an den Vorabenden von Feiertagen um 18.00 Uhr Schluss sein muss und nur eine begrenzte Zahl an Ausnahmen gelten kann.

Darüber hinaus haben die Gewerkschaften erreicht:

- ♦ Eine Schließung der Geschäfte am 24. und 31. Dezember um 16.00 Uhr.
- ♦ Das Abkommen gilt für eine Testphase bis zum Jahresende.
- ♦ Die Arbeit an verlängerten Samstagen oder Vortagen von Feiertagen ist nicht obligatorisch für die Geschäfte, die sich in einer Geschäftsgalerie befinden. Diese Geschäfte können auf freiwilliger Basis öffnen oder nicht.

Dieses Rahmenabkommen wurde schon von den Geschäftsleitungen der Betriebe Auchan, Cora, Cactus, Match, Delhaize (Markant) unterschrieben, die damit zum Ausdruck bringen, dass sie dieses Rahmenabkommen respektieren werden, und dem Personal die zugestandenen Kompensationen gewähren werden.

Die Gewerkschaften wissen, dass dieses Rahmenabkommen nur einen Kompromiss darstellt. Aber die Beschäftigten sollten bedenken, dass wenn es nicht zu diesem Abkommen gekommen wäre, die Gefahr bestanden hätte, dass das Personal an allen Tagen, für die im Jahr 2003 eine Genehmigung seitens des Mittelstandsministeriums erteilt worden wäre, wiederum gearbeitet hätte, ohne auch nur einen Cent als Zuschlag für seine geleistete Arbeit nach 18.00 Uhr zu bekommen, und dass die Geschäfte nicht am 24. und 31. Dezember um 16.00 Uhr geschlossen hätten.

Die Gewerkschaften OGB♦L und LCGB nehmen zur Kenntnis, dass die Handwerkerföderation bezüglich des Abkommens über die Ladenöffnungszeiten Bedenken angemeldet hat, was die Rentabilität dieser Vereinbarung für kleinere und mittlere Betriebe anbelangt. Die Argumente der Handwerkerföderation sind weitgehend die gleichen, wie jene, die die Gewerkschaften seit Jahren in diese Diskussion einbrachten: nämlich, dass auch mit verlängerten Öffnungszeiten der Kunde nur einmal sein Geld ausgeben kann, und dass der tägliche Einkauf sich sicherlich nicht in die doch etwas weiter entfernten Grenzregionen verlagern wird.

Wenn also eine Handwerkerföderation der Überzeugung ist, dass längere Öffnungszeiten an Samstagen, nicht rentabel sind, soll sie die Handwerksbetriebe, die in Einkaufsgalerien sind, dazu auffordern, ihre Geschäfte nicht zu diesen Zeiten zu öffnen. Diese Möglichkeit ist durch das Abkommen gegeben. Wenn es sich dann, nach Ablauf dieses Jahres, erwiesen hat, dass die Zweckmässigkeit des Abkommens tatsächlich nicht gegeben ist, kann man gerne wieder auf einen Ladenschluss um 18.00 Uhr zurück kommen.



AK-INFO 1/2003 LES IMPÔTS AU LUXEMBOURG

Le 1er numéro de la publication trimestrielle AK-Info de la Chambre de travail vient de paraître sous le titre "Les impôts au Luxembourg".

Sous une nouvelle forme, la brochure vise à expliquer, en français et en allemand, les concepts liés à la déclaration d'impôt.

L'AK-Info présente les moyens qu'a un contribuable pour déduire fiscalement certaines dépenses. En effet, souvent les citoyens ne sont pas suffisamment informés au sujet des possibilités de déductibilité fiscale. Ainsi, ils font inutilement cadeau d'une partie de leur argent à l'Etat.

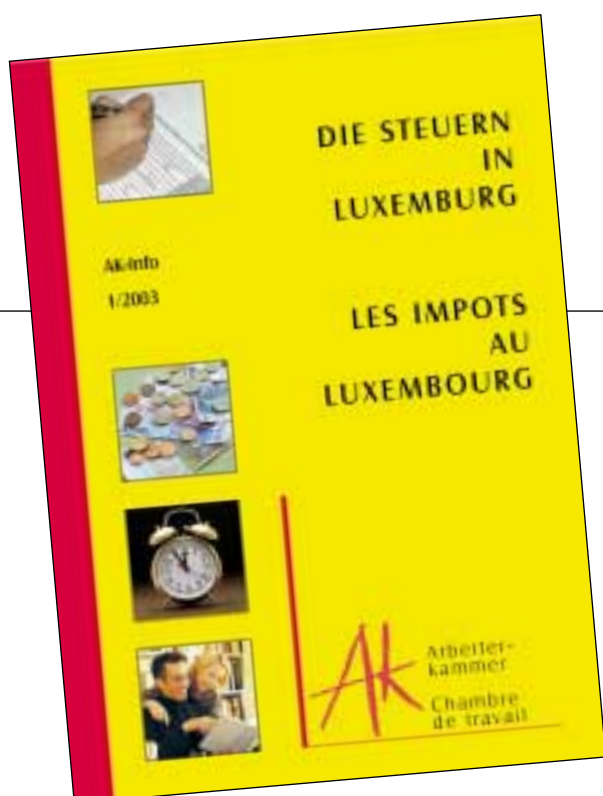
C'est pourquoi cette brochure contient des explications relatives aux différents abattements, aux revenus qui sont exonérés, aux dépenses spéciales (dont notamment les nouvelles dispositions concernant la prévoyance vieillesse), aux frais d'obtention, bref, à un ensemble de déductions qui ont pour but la réduction de l'impôt à payer.

Des chapitres à part sont consacrés au traitement fiscal des enfants ainsi que des contribuables non-résidents. Ces dernières dispositions devraient en particulier intéresser les salariés non-résidents et, parmi eux, évidemment les travailleurs frontaliers.

La publication fournit également des explications concernant les différentes catégories de revenus, les classes d'impôt ainsi que l'impôt sur la fortune.

Pour toute information complémentaire, le lecteur pourra s'enquérir auprès de la Chambre de travail et des organismes cités en annexe de la publication.

Chambre de travail
23, rue des Bruyères, L-1274 Howald
Tél.: 48 86 16-1 / e-mail: ak-l@ak-l.lu



Plenarversammlungen der Arbeiterkammer

Ja zum Gesetz über die Lyzeen, aber nicht so!

Anlässlich der letzten Plenarversammlung beschäftigte die Arbeiterkammer sich unter anderem mit einem Gesetzesvorentwurf zur Organisation der Lyzeen und technischen Lyzeen.

Die Arbeiterkammer begrüßt die Initiative, mit der die Organisation und der Betrieb der Lyzeen mit einem Gesetz geregelt und vor allem transparenter gestaltet werden soll. Dies ist unumgänglich, u.a. weil die Partner, die in der Schule mitreden wollen, immer zahlreicher werden und die Bestimmungen wie dies geschehen soll, unzulänglich sind.

Die Arbeiterkammer begrüßt auch, dass die Schulen autonomer werden sollen, um somit besser auf spezifische Bedürfnisse eingehen und antworten zu können.

Trotzdem ist die Arbeiterkammer der Meinung, dass der Vorentwurf des Gesetzes unannehmbar ist, weil er Widersprüche, zuviel Unklarheiten und Unvollständiges enthält und unterm Strich das Resultat alles in allem nicht überzeugend ist. Die Arbeiterkammer verlangt deshalb eine gründliche Überarbeitung des Textes.

Darüber hinaus - und nach der Pisa-Studie - erwartet die AK vor allem einschneidendere Reformen über die Strukturen, die Inhalte, die Methoden, die Funktionsweise und die Ziele der Schule.

Arbeitsgericht und Wahlalter

Die Arbeiterkammer beschäftigte sich auch mit einer großherzoglichen Verordnung, durch welche die Zahl der Beisitzer sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer wie auch auf Seiten der Arbeitgeber an den Arbeitsgerichten in Esch-Alzette, Diekirch und Luxemburg-Stadt heraufgesetzt werden soll.

Zentrale Idee dieser Verordnung ist, dass die Zahl der Beisitzer erhöht wird und dass diese dann auch in anderen Bezirken des Landes beisetzen können, als nur in dem Bezirk indem sie wohnen.

Die Arbeiterkammer wirft die Frage auf, ob es nicht angebracht wäre, die Wohnortbedingung ganz aus der Verordnung zu streichen und nur den Arbeitsplatz als Kriterium zurückzubehalten. Somit könne man auch den Grenzgängern entgegenkommen und ihnen die Möglichkeit geben, in den Institutionen des Landes mitzuwirken.

Dann soll der Arbeiterkammer nach der Zugang zur zentralen Bibliothek der Richterschaft vereinfacht werden. Diese Bibliothek wird aus dem Staatshaushalt finanziert und darf deshalb im Sinne der Gleichstellung und des Rechtes auf Nachforschung nicht für die Richter stets offen sein und für andere nur unter gewissen Bedingungen.

Anlässlich ihrer letzten Plenarversammlung begrüßte die Arbeiterkammer dann auch, dass das passive Wahlrecht bei Sozialwahlen von 21 auf 18 herabgesetzt wird.

**Neues Schulungszentrum
in Remich**

**Erster
Spatenstich**

Die Arbeiterkammer (AK) Luxemburg beabsichtigt, ihr Schulungszentrum in Remich durch einen Neubau zu ersetzen. Das bestehende Gebäude entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen hinsichtlich Funktionalität, Ausstattung, Energieverbrauch und hat seine Lebensdauer erreicht.

Da intensive Vorstudien gezeigt haben, dass eine Sanierung mindestens gleich teuer gekommen wäre wie ein kompletter Neubau, entschloss sich die Arbeiterkammer, neu zu bauen. Das geplante Zentrum verrät schon auf dem Plan seine klare organisatorische Dreileitung:

- ◆ ein erstes Pavillon beherbergt einen Konferenz- und Mehrzwecksaal, lichtdurchflutet und ausgerüstet mit modernster Übersetzungs- und Medientechnik;
- ◆ im zweiten Pavillon sind Büro- und Schulungsräume untergebracht;
- ◆ das dritte und größte Pavillon schließlich dient für Gästezimmer, Restaurant und Aufenthaltsräume inklusive Wellness-Bereich im Gartengeschoss.

Verbunden werden die Pavillons durch einen verglasten Atriumbereich. Neben der klaren Funktionalität wurde durch diese ansprechende Architektur ein großes Blockbauwerk vermieden und ein harmonisches Zusammenspiel mit der Umgebung erreicht.

Unnötig zu erwähnen, dass das Moseltal eine geradezu einmalige Kulisse für dieses bemerkenswerte Projekt bietet.

Für das Gebäude wurde ebenfalls eine Energiestudie ausgearbeitet. Neben Niedrigenergiearchitektur ist Solarthermie ebenso Planungsbestandteil wie eine Wärmepumpe.

Die gesamtheitliche Planung wurde Architekt Will Erpelding und Ingenieur Bill Erpelding vom Büro SOGEDEC aus Luxemburg-Stadt anvertraut. Verschiedene in- und ausländische Fachbüros liefern spezialisierte Unterstützung.

Einige Daten zum Projekt:

Gesamte Nutzfläche	3 200 m ²
Nutzvolumen	14 400 m ³
Kostenpunkt	7 Mio. €
Inbetriebnahme	2005

- Atrium- und Empfangsbereich (230 m²)
- Konferenzsaal (300 m²)
- 10 Büroräume
- 8 Schulungssäle
- 20 Gästezimmer
- 1 Restaurant
- 2 Multimediäräume
- 1 Wellness- und Cafeteriabereich

Zum Warnstreik bei der CFL am 9. Mai 2003

OGB♦L solidarisch mit den Eisenbahnern

Mit der Arbeitsniederlegung vom 9. Mai 2003, will die Eisenbahnergewerkschaft die CFL-Führung vor unüberlegten Rationalisierungsschritten - verbunden mit Personalabbau, Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen - warnen.

Der OGB♦L erklärt sich solidarisch mit dem Streikaufruf des Landesverbandes gegen Privatisierung und Sozialdumping, für starke öffentliche Dienstleistungen und teilt die Sorgen der Eisenbahner in Bezug auf die Privatisierung verschiedener Bahndienste, die große Unsicherheitsfaktoren beinhaltet.

Im Interesse der Eisenbahner und damit auch der Qualität und Sicherheit für den Personen- und Warentransport sind

sichere und gesunde Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die nötigen Investitionen in das Material und ein kohärentes Konzept für den öffentlichen Transport, die Grundlage schlechthin für weitere Diskussionen

Qualität und Sicherheit müssen Vorrang haben. Abbau und Privatisierung bei der CFL riskieren eine Signalwirkung zu haben und bedeuten in der Folge Abbau beim TICE, bei den städtischen Autobussen und vielen anderen öffentlichen Dienstleistungen.

In diesem Sinn garantiert der OGB♦L den Streikenden seine volle Solidarität und Unterstützung und wünscht den Aktionen den verdienten Erfolg!



Une avancée et une innovation dans le dialogue social luxembourgeois Un accord pour améliorer l'accès individuel à la formation continue

Dans la première moitié des années 90, le Conseil économique et social a élaboré un avis en trois volets sur la formation continue. De cet avis, seule la partie concernant la formation en entreprise a été mise en oeuvre par la loi du 22 juin 1999 en instaurant notamment une aide publique pour les entreprises qui investissent dans la formation continue de leur personnel; dans la terminologie européenne, cette loi concerne l'accès collectif à la formation continue.

Le soutien du particulier, les possibilités offertes pour améliorer l'accès individuel à la formation continue restaient quasiment inexistantes. Face à cette situation, l'OGB♦L a lancé l'idée de négociations bilatérales entre l'Union des entreprises luxembourgeoises et les syndicats représentatifs au niveau national, idée qui a été reprise en février et en mai 2001 par le comité consultatif à caractère tripartite sur la formation professionnelle et par le comité de coordination de la tripartite nationale. Pendant un an et demi des négociations ont eu lieu qui ont abouti fin 2002 à un projet d'accord qui a été signé par l'UEL, le LCGB et l'OGB♦L le 2 mai 2003.

La convention comporte 4 parties :

- ♦ La première partie est une recommandation aux partenaires sociaux impliqués dans la gestion des règlements d'horaires mobiles, d'instituer certains aménagements en faveur de personnes désireuses de suivre une formation professionnelle et de parfaire leur cursus scolaire.
- ♦ La deuxième partie comporte l'introduction d'un droit à un congé sans solde de 4 semaines à 6 mois sous certaines conditions concernant l'ancienneté requise, les formations éligibles, les possibilités de refus et de report du congé et le régime du congé.
- ♦ La troisième partie concerne l'introduction d'un congé individuel de formation payé, calqué sur le régime légal existant pour le congé éducation, d'une durée de 20 jours par période de deux ans et de 80 jours maximum pendant une carrière professionnelle.

- ♦ La quatrième partie comporte des recommandations au législateur d'adapter, de façon ponctuelle, certaines dispositions légales des lois fiscales et de sécurité sociale.

Le texte complet de l'accord est disponible sur demande par lettre, fax ou e-mail auprès de l'OGB♦L. Le texte est également disponible sur le site internet de l'OGB♦L.

La première et la deuxième partie constituent un accord collectif interprofessionnel qui actuellement n'a de valeur que de référence ou d'exemple de bonne pratique pour les partenaires sociaux au niveau des entreprises et des secteurs ou branches économiques. L'UEL, l'OGB♦L et le LCGB se situent, pour cet accord, dans la perspective du projet de loi sur les conventions collectives de travail qui prévoit la possibilité de négocier des accords collectifs interprofessionnels qui peuvent être déclarés d'obligation générale par le gouvernement. Les signataires de l'accord ont convenu que dès le vote du projet de loi, ils demanderaient la déclaration d'obligation générale pour la partie de l'accord portant sur l'horaire mobile et l'introduction d'un droit à un congé sans solde.

En ce qui concerne le congé individuel de formation et les mesures fiscales et sociales, les signataires espèrent que le gouvernement reprend les propositions élaborées et les soumet à la Chambre des députés. Des audiences auprès du Ministre du travail et de l'emploi ainsi qu'auprès de la Ministre de l'éducation nationale, de la formation professionnelle et des sports ont été demandées à cet effet et le texte de l'accord a été transmis officiellement à la Chambre des députés et au Premier Ministre.

La mise en oeuvre de cet accord dépend donc du pouvoir politique. Cet accord constituerait cependant une avancée importante pour les salariés qui veulent parfaire leur formation et contribuerait plus généralement à améliorer la qualité de l'emploi et la compétitivité globale tant discutée de notre économie.

Jean-Claude Reding
Secrétaire général



Cet accord constitue également une innovation importante dans les relations sociales dans notre pays. Il démontre que par des discussions bilatérales sur un thème socio-économique spécifique des propositions concrètes peuvent être élaborées par les partenaires sociaux sans devoir passer par une concertation tripartite. Il faut d'ailleurs rappeler qu'en janvier 2001, le débat politique était bloqué sur ces sujets et il faut espérer que ce blocage ne se reproduise désormais plus en face des propositions concrètes et équilibrées négociées entre l'UEL et les syndicats.

D'autres sujets sont actuellement en négociation pour aboutir éventuellement à des accords interprofessionnels. Il s'agit du télétravail, du travail à temps partiel, de la participation

financière des salariés aux résultats de l'entreprise et des comptes épargne-temps.

A mon avis, il s'agit là d'une chance pour moderniser le modèle social luxembourgeois et pour renforcer le dialogue social. Il appartient aux organisations patronales et aux syndicats de saisir cette chance et de montrer qu'ils sont capables d'innover. Finalement il faut souligner l'apport des experts de la Chambre des employés privés et de la Chambre de travail dans ces négociations. C'est une nouvelle dimension dans le travail des chambres professionnelles que l'OGB•L se propose de développer. C'est un des multiples enjeux des élections sociales du 12 novembre 2003.

En route vers la déflation et la récession ?

La politique monétaire de la Banque Centrale Européenne et la politique budgétaire du Conseil des ministres de l'économie et des finances (Ecofin) axées sur la stabilité des prix et de la monnaie et sur des réformes structurelles du marché des biens et des services et du marché du travail se limitent à vouloir augmenter la concurrence entre les entreprises et la flexibilité et la mobilité des salariés.

S'agit-il là d'une réponse adéquate à la situation conjoncturelle actuelle ?

Cette politique ne risque-t-elle pas de renforcer le caractère récessionniste de la phase conjoncturelle actuelle ?

Cette discussion est un thème récurrent du débat économique actuel et est à l'ordre du jour des différentes enceintes politiques et de concertation socio-économique tant au niveau européen qu'au niveau national dans les pays de l'Union européenne. Ainsi il constitue au Luxembourg une des toiles de fond des discussions au sein du Conseil économique et social, mais également au sein du comité de coordination nationale tripartite.

Pour contribuer à ce débat, **l'OGB•L organise une conférence publique sur le thème indiqué ci-dessus**

avec Rafael Lamas, Directeur du département économique de la Fédération générale du travail de Belgique (FGTB).

Ensemble avec le service d'études de la CSC (Confédération des syndicats chrétiens) et l'Institut syndical européen, le service d'études de la FGTB édite des notes périodiques sur la politique économique et monétaire européenne.

Cette conférence aura lieu le mardi 10 juin à 18h00 dans les locaux de la Chambre des employés privés, rue de Bragance à Luxembourg.

La conférence sera précédée d'une introduction de Jean-Claude Reding, secrétaire général de l'OGB•L, qui situera et présentera le débat sur ce thème dans les enceintes du dialogue social au Luxembourg.

Un débat avec le public est prévu à l'issue de la conférence.

La conférence et les débats auront lieu en langue française et la conférence sera clôturée vers 20h00.



Luxemburgisches Krankenhauswesen

Kollektivvertragsverhandlungen

Im Verlauf der vierwöchigen Warnaktionen forderten das Krankenhauspersonal und seine Gewerkschaften OGBL und LCGB die EHL mehrfach auf, in ihrer Generalversammlung am 20. Mai, die Ende 2002 erzielten Verhandlungsergebnisse zu respektieren und der Verhandlungskrise definitiv ein Ende zu setzen. Die Humanisierung der Arbeit und die Wahrung des sozialen Friedens im luxemburgischen Krankenhauswesen seien das Gebot der Stunde.

Da Reaktionen weiter ausblieben, verschärfte das Krankenhauspersonal am 15. Mai 2003 im ganzen Land seinen Widerstand forderte die EHL auf, dem Sabotieren ihrer eigenen Verhandlungsmandate und -resultate durch eine Fraktion in der Arbeitgeberorganisation und der destruktiven Energie gegen den sozialen Frieden und fortschrittliche Arbeitsbeziehungen, den Riegel vorzuschieben.



Das offensive Vorgehen gegen das frühzeitige Ausscheiden aus Beruf und Berufsleben, gegen Frühinvalidität und für den Gesundheitsschutz muss durch das ausgehandelte Modell der "préretraite partielle volontaire" (PPV) umgesetzt werden. Das gleiche gilt für die ausgehandelten neuen Rechte zur Förderung und Anerkennung der Frauenarbeit und für ein verbessertes Harmonisieren von Berufs- und Privatleben, sowie für die ebenfalls erzielte Anerkennung durch die EHL der legitimen Forderung des Personals für eine gerechte Einstufung seiner Berufslaufbahnen.

Demzufolge haben die zuständigen Instanzen von OGBL und LCGB ihren Verhandlungsführungen das Mandat erteilt, im Fall einer Ablehnung der erzielten Verhandlungsergebnisse durch die EHL, die Schlichtung zu beantragen und die Aktionen des Personals für den Sozialkonflikt vorzubereiten.



Luxemburgisches Krankenhauswesen

Der Protest- und Aktionstag am 15. Mai 2003

Der Aktions- und Protesttag vom 15. Mai:

- ◆ "Personalkette" über die Distanz zwischen dem Krankenhaus der Stadt Esch und der Klinik Ste. Marie.
- ◆ Protestaktion vor der Klinik Sacré-Cœur (gemeinsam mit dem Personal der Klinik Ste. Elisabeth)
- ◆ Protestaktion vor der Klinik St. Louis Ettelbruck (gemeinsam mit dem Personal des CHNP und der Klinik Wiltz)
- ◆ Saalmanifestation in der Maison du Peuple in Esch (Aktion des Personals des Spitals Düdelingen und des Spitals Princesse Marie-Astrid Niederkorn)
- ◆ Protestaktion "sit-in" vor der Zithaklinik (gemeinsam mit dem Personal des des CIPA St. Jean de la Croix)
- ◆ Protestaktion vor dem Centre Hospitalier Luxembourg (gemeinsam mit dem Personal der Klinik Bohler, des INCCI und der Klinik Eich)



Kollektivvertrag Spitalwesen

Neuer Schlag gegen den sozialen Frieden!

Mit ihrer Entscheidung gegen die erzielten Verhandlungsergebnisse hat die Entente des Hôpitaux Luxembourgeois die Schlichtungsprozedur und den Sozialkonflikt im luxemburgischen Krankenhauswesen ausgelöst.

Ab heute tritt somit, wie im Vorfeld angekündigt, auf Gewerkschaftsseite ein neuer Forderungskatalog in Kraft, der die erzielten Verhandlungskompromisse von November 2002 ablöst.

Angesichts der negativen Entscheidung der EHL gegen die erzielte Übereinkunft für die Anpassung der Arbeitsbedingungen und gegen das abgesprochene gemeinsame Vorgehen für die Anpassung der Laufbahnen an die gesetzlich verlängerten Ausbildungszeiten und höhere Einstufung der Diplome der Gesundheitsberufler fordern ab heute der verhandlungsführende OGB♦L und der LCGB die direkte Aufwertung der Laufbahnen, die Anpassung der Löhne gemäss Artikel 27 des Kollektivvertrags, das gesamtkostenneutrale Modell der "préretraite partielle volontaire" gegen das frühzeitige Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben und die neuen Rechte zur besseren Harmonisierung von Berufsleben und Privatleben des mehrheitlich aus Frauen sich zusammensetzende Personals.

Die Gewerkschaften OGB♦L und LCGB bedauern, dass die weiterhin tief gespaltene EHL es unterlassen hat, die Krise auf dem normalen Verhandlungsweg beizulegen und messen deshalb der offiziellen Aussage, dass die EHL keinen Sozialkonflikt anstrebe, wenig Wert bei. Der im Januar eingeleitete Putsch gegen die erzielten Verhandlungsergebnisse und gegen das eigene Verhandlungsmandat sowie die anhaltende Blockadepolitik durch den Centre Hospitalier Luxembourg, die Fondation Fr. Elisabeth Kirchberg und das intern zerstrittene Escher Krankenhaus deuten in eine andere Richtung. Entsprechend tritt die Mobilisierung des Personals gegen die EHL in eine neue Phase ein.



Nouvelle cotisation depuis le 1/05/2003

Neuer Beitrag ab 1.5.2003



Suivant décision du comité national, l'OGB♦L a augmenté les cotisations mensuelles de ses membres avec effet au 01.05.2003 :

Laut Beschluss des Nationalvorstandes hat der OGB♦L ab 1.5.2003 die monatlichen Beiträge seiner Mitglieder erhöht:

revenu brut supérieur à / Bruttoeinkommen über €1.440,- : 14,40€ (vorher/avant 13,63€)

Grillades
Boissons

8ème Coupe Jean EIFFES

Samedi 7 juin 2003

au terrain "The Belval" à Belvaux

Tombola

11h00, dépôt d'une gerbe sur la tombe de Jean Eiffes au cimetière d'Esch/Lallange
13h00 grand tournoi de football

Genossenschaft Gewerkschaftsheim "MAISON DU PEUPLE"

Die Mitglieder sind hiermit freundlichst eingeladen, an der
ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG
der 'Genossenschaft Gewerkschaftsheim
'MAISON DU PEUPLE' teilzunehmen, welche
am Dienstag,
den 24. Juni 2003 um 15.00 Uhr
in der OGB♦L-Zentrale in Esch/Alzette stattfinden wird.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Präsenzen
2. Bericht der letzten Generalversammlung
3. Rechenschaftsbericht
4. Gewinn- und Verlustrechnung/
Bilanz 2002
5. Entlastung des Verwaltungsrates
6. Neuwahl des Verwaltungs- und
Aufsichtsrates
7. Verschiedenes.

Für den Verwaltungsrat
Armand Barnich
Präsident

CENTRALE DU LAV a.s.b.l.

Die Mitglieder sind hiermit freundlichst eingeladen, an der
ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG
der 'CENTRALE DU LAV a.s.b.l.'
teilzunehmen, welche
am Dienstag,
den 24. Juni 2003 um 16.00 Uhr
in der OGB♦L-Zentrale in Esch/Alzette stattfinden wird.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Präsenzen
2. Bericht der letzten Generalversammlung
3. Rechenschaftsbericht
4. Gewinn- und Verlustrechnung
Bilanz 2002
5. Entlastung des Verwaltungsrates
6. Neuwahl des Verwaltungs- und
Aufsichtsrates
7. Verschiedenes.

Für den Verwaltungsrat
Armand Barnich
Präsident



Ουδεν Τυραννου δυσμενεστερον πολει

Congrès Uni-Finance, Athènes 2003

"Il n'est rien de plus funeste, pour une cité, qu'un tyran." ("Les suppliantes", Euripide) : Phrase maitresse et un des thèmes du congrès, expliquant largement l'état d'esprit des congressistes encore sensiblement marqués par les récents événements de la guerre en Irak. Dans des extraits de tragédies grecques l'OTOE (Fédération grecque de l'union des employés de banque) n'a pas hésité de tirer de nombreux parallèles entre hier et aujourd'hui. "Il est juste que je salue d'abord les dieux", Agammemnon (d'Eschyle) s'en remettant aux dieux pour justifier sa guerre. Aujourd'hui les dieux ont encore été appelés en aide, ou en témoin, pour que le général puisse tranquillement s'approprier son butin de guerre... et vive le commerce ! Les lieux des événements ont à peine pas changé, même pas les explications et justifications du "général victorieux".

Ces propos ne se veulent pas politique, mais nous rappeler que nous avons tellement de choses à ré-apprendre sur l'organisation de la vie sociale de notre ère.

Plusieurs conférenciers rappellent ardemment que nous sommes en train de mettre en jeu les acquis sociaux pour lesquels nos ancêtres, ceux de l'époque de la révolution industrielle, se sont battus. Pour répondre aux besoins futurs il faudra beaucoup plus faire appel à des stratégies communes, non seulement dans les pays de l'Europe, mais en Europe tout entière. La remise en question de l'emploi, les revendications de la formation continue, les problèmes sociaux internationaux ne peuvent être résolus ni combattus de façon unilatérale (Dimitri Kouselas, Président de l'OTOE). Monsieur le Ministre du Travail grec lance un fervent appel aux syndicats et aux patrons européens de faire tout le nécessaire de préserver les acquis sociaux.

Th Karatzas, Président de l'Union des banques grecques : "Satisfaire les clients et le personnel". M Karatzas rappelle qu'il doit y avoir une sorte de partenariat avec les clients et le personnel (en soulignant que tout le personnel est lui-même client). Il contenter : l'actionnaire, le client et le personnel. De part leur vocation les banques ont une responsabilité d'un point de vue bilan économique et social. Mais, la globalisation et mondialisation confrontent les acteurs économiques et sociaux implacablement. Malheureusement trop d'irrégularités sont constatés entre les hommes et les femmes. L'appel est lancé à tous les acteurs, économiques et sociaux, de refuser l'oisiveté.

La commissaire européenne, A. Diamantopoulou explique que la communauté européenne est en train de mettre en place un code européen sur la responsabilité sociale des entreprises - et de le faire respecter ("Name and shame failing companies"). La responsabilité sociale n'a de sens 'que si elle dépasse les bases législatives européennes'. Par définition la responsabilité sociale commence là où s'arrête la loi. D'ailleurs, les investisseurs sont déjà sensibilisés par des indicateurs, ce qui a rendu nécessaire certaines modifications de modèles de gestion des entreprises. Faire profiter tous doit rester le leitmotiv économique et social en Europe. Elle rappelle aussi que les entreprises européennes ne 'fonctionnent pas dans le vide'. En cas de non-application des bases législatives les entreprises se verront sanctionnées. Nous avons plus que jamais

besoin de normes, indicateurs et surtout de dialogues. Il faut exiger des entreprises des rapports sociaux, mais aussi d'instaurer des contrôles publics de ces rapports.

Zois Peppes, Secrétaire des Relations Industrielles et Convention Collectives, Trésorier de l'OTOE, prévient dans son intervention que 'nous ne pouvons pas accepter la CSR (Corporate Social Responsibilities) comme un pilote automatique d'"auto-réglementation" à travers des procédures d'adaptation volontariste des entreprises à quelques règles génériques et à des "pratiques morales". Encore moins, au cas où cette "auto-réglementation" aurait comme but de supprimer les engagements existants des entreprises dérivant du code de travail, des conventions collectives et d'autres conventions des acquis sociaux communautaires ou internationaux élargis.

Malheureusement l'expérience a prouvé de plus en plus tous les jours, l'opposition fondamentale entre Capital et Travail, la chasse au profit de la part des entreprises, leur indifférence vis-à-vis de l'homme et ses valeurs, rend impossible d'affronter ces situations avec des "souhaits", des cadres génériques et des codes de déontologie volontaristes.'

Le représentant de Verdi, Jörg Rheinbrecht, demande que la communauté européenne soit beaucoup plus impliquée dans le fait de développer au moins des standards sociaux minimum, rappelant qu'aujourd'hui il existe encore beaucoup trop de conflits d'intérêts. Les entreprises tendent beaucoup trop vers la globalisation en prenant l'argumentant : compétitivité par rapport à la concurrence. Responsabilité sociale : NON, à cause de la concurrence ! Telle est malheureusement la réalité.

Dans son exposé le consultant Andrew Bibby souligne que vers un objectif, 10 à 15 ans, beaucoup de choses deviendront plus complexes et surtout au niveau des négociations collectives. Il faut à tout prix mettre l'accent sur la coordination et l'échange d'informations hautement qualifiées. Le consultant allemand Rainer Hoffmann, ETUI, constate également qu'en Europe il faudra prêter plus d'attention aux négociations collectives, qui vont être de plus en plus difficiles à mener. D'une manière générale le réel pouvoir d'achat (tous éléments confondus*) des salariés a depuis 20 ans suivi la tendance de l'inflation et les syndicats n'ont pas réellement réussi leurs négociations collectives'. Les armes à soigner pour réussir les négociations collectives futures : transparence, information. Un benchmark européen pourrait être une idée constructive en Europe pour rémunérer plus équitablement le savoir-faire, la formation, les heures de travail/an... mais malheureusement à échelle européenne on constate un manque de volonté de négociation collective du côté des entreprises. Le seul moyen d'y remédier : la coordination, l'information, l'union de tous les syndicats.

* le Luxembourg a une situation un peu particulière à cause de l'Index

Jean-Marie Azzolin



La sécurité et la santé au travail dans les faits

Statistiques clés

- ◆ Chaque jour, une moyenne de 5.000 personnes meurent suite à des maladies ou accidents liés au travail.
- ◆ Chaque année, environ 270 millions de personnes sont victimes d'accidents liés au travail (mortels ou non), et 160 millions de personnes souffrent de maladies professionnelles. Dans un tiers de ces cas, la maladie entraîne la perte d'au moins quatre jours de travail.
- ◆ Il y a environ 355.000 accidents mortels sur les lieux de travail chaque année. On estime que la moitié d'entre eux se produisent dans l'agriculture, le secteur qui emploie la moitié de la main-d'œuvre mondiale. Parmi les autres secteurs à haut risque, on trouve les mines, la construction et la pêche commerciale.
- ◆ Quatre pour cent du produit intérieur brut mondial (1.251.353 millions de dollars) sont perdus dans les coûts liés aux lésions, décès et maladies liés au travail, une perte due aux journées d'absence, aux traitements médicaux ainsi qu'aux prestations d'invalidité et de survivant.
- ◆ La perte de PIB provoquée par les coûts des décès et maladies dans la main-d'œuvre est 20 fois plus grande que toute l'aide publique en faveur des pays en développement.
- ◆ Chaque année, 12.000 enfants meurent au travail.
- ◆ Les substances dangereuses tuent 340.000 travailleurs par an. L'amiante provoque à elle seule la mort de 100.000 personnes.
- ◆ On estime à 11 millions le nombre de travailleurs qui sont suivis médicalement de par le monde suite à une exposition aux rayonnements ionisants.
- ◆ Dans certains types de travail, on compte pour chaque décès pas moins de 5.000 lésions nécessitant un traitement de premier soin.
- ◆ Les maladies cardiaques et musculo-squelettiques représentent plus de la moitié des coûts attribués aux maladies professionnelles.
- ◆ Le cancer est la cause la plus importante de décès liés au travail, avec 32 pour cent des cas.
- ◆ Accidents et violence provoquent autant de décès liés au travail que les maladies contagieuses.
- ◆ Les études montrent qu'entre 50 et 60 pour cent des jours de travail perdus en Europe sont liés au stress au travail.
- ◆ La majorité des 100 millions d'entreprises du monde sont de petite taille. Plus d'un milliard de travailleurs, sur les trois milliards que compte le monde, travaillent comme indépendants dans l'agriculture ou sont actifs dans de petites installations.

Publié par l'OIT

Où reste le programme de relance économique européen ?

Le 20 juin prochain le Conseil européen se réunira et devra notamment adopter les grandes orientations de politique économique de l'Union européenne pour les trois années à venir. Alors qu'une réaction coordonnée au niveau européen au niveau monétaire et budgétaire s'imposerait pour relancer la machine économique et pour utiliser à plein le marché intérieur pour sortir l'Union européenne du marasme économique actuel, aucune réaction politique ne se dessine à l'horizon, au contraire une interprétation rigide et « stupide » (dixit Romano Prodi) du pacte de stabilité et de croissance fait que le volet croissance de ce pacte tombe dans les oubliettes et la Banque centrale européenne mène une politique monétaire qui risque de nous mener dans une déflation. Le résultat combiné de ces politiques peut être une récession généralisée.

Récemment a eu lieu au niveau européen une réunion tripartite en vue de la préparation du sommet du 20 juin. A la suite de cette réunion la Confédération européenne des syndicats (CES) a publié le communiqué suivant :

Lors de la réunion du dialogue macroéconomique, Emilio Gabaglio, Secrétaire Général de la CES, a critiqué les autorités monétaires et budgétaires européennes.

«Au moment où la situation économique et de l'emploi continue à se détériorer, la Banque Centrale Européenne et l'Ecofin continuent avec les mêmes politiques – ou non-politiques - qui ont contribué à cette pagaille. Les syndicats demandent que l'Europe agisse» disait Gabaglio.

La CES a lancé un appel à la BCE pour qu'elle réduise immédiatement et de façon significative les taux d'intérêt. Elle demande égale-

ment que le mandat de la BCE soit modifié de manière à ce que celle-ci puisse accorder une attention égale à la croissance, l'emploi et la stabilité. La CES a demandé que l'Ecofin se mette d'accord sur un stimulant concerté d'un pour cent du PNB en ciblant l'investissement. Pour rendre ceci possible et afin de ne plus forcer les Etats membres à prendre des mesures pro-cycliques qui sont contre-productives, la CES a insisté pour que le Pacte de stabilité et de croissance soit modifié ou interprété intelligemment. Les réformes structurelles en elles-mêmes, et sans l'appui d'une 'policy-mix' macroéconomique, ne pourraient pas résoudre la crise.

Les propositions et critiques détaillées de la CES sont disponibles sur le site internet de la CES (www.etuc.org) ou sur demande écrite auprès de l'OGB♦L.

Au niveau international les chefs d'Etat des 8 pays les plus industrialisés du monde (le G8) se réuniront début juin à Evian pour un sommet économique. A cette occasion le mouvement syndical international a transmis une déclaration syndicale exhaustive à la présidence française. Cette déclaration reprend les propositions syndicales pour une politique économique et sociale permettant de garantir le respect des droits fondamentaux économiques, sociaux et politiques des salariés. La déclaration est disponible sur le site internet de la commission syndicale consultative auprès de l'OCDE (www.tuac.org) et de la Confédération internationale des syndicats libres (www.icftu.org) ou sur demande écrite auprès du département international de l'OGB♦L.

Jean-Claude Reding



Nico Clement
Membre du bureau exécutif

Pour une politique industrielle européenne véritable

Les 16 et 17 mai 2003, la Confédération Européenne des Syndicats avait organisé une conférence au sujet de la future et de l'actuelle politique industrielle de l'Europe.

Depuis l'origine de la communauté européenne, les fédérations professionnelles de la CES ont contribué au développement de la politique industrielle de leurs secteurs.

La CES a eu l'occasion de s'exprimer à maintes occasions à ce sujet, mais il faut noter que la dernière conférence syndicale européenne à ce niveau a eu lieu en 1987. Ce qui est plus que dommage vu l'importance du sujet.

Néanmoins à l'occasion de la communication de la commission en décembre 2002 l'initiative a été prise d'organiser une conférence afin de préparer les réponses syndicales qui s'imposent face à cette communication. D'autant plus que la communication de la commission qui propose une nouvelle approche de la politique industrielle ne satisfait nullement les syndicats européens. Bien au contraire elle s'avère être plutôt un retour en arrière au lieu de présenter des visions qui feraient avancer l'industrie européenne.

D'abord elle remet au centre du débat la compétitivité qui devient ainsi l'objectif central et une fin en soi alors qu'une des avancées du Livre Blanc de 1993, qui reste référence en la matière, était justement de voir la compétitivité en tant qu'un instrument permettant de créer des emplois et des richesses tout en respectant des normes sociales et environnementales.

En outre la commission centre ses propositions sur l'entreprise en tant qu'unité commerciale et les réduit ainsi aux intérêts et volontés spécifiques des actionnaires et dirigeants et la dénuée de sa dimension sociale.

Apparemment elle a oublié les succès de la CECA, qui pendant 50 ans, a fait une politique industrielle volontariste et a transformé l'industrie de l'acier européenne en la plus performante du monde. Elle ignore les réussites de l'industrie aéronautique européenne qui ne résultent nullement de la libre concurrence.

Cette révision surprend d'autant plus qu'aucune évaluation, aucun bilan de la politique industrielle menée depuis n'a été fait.

Rien ne justifie de limiter les manifestations de la politique industrielle commune aux domaines du libre-échange et de

la concurrence tout en attendant des miracles d'augmentation de compétitivité. L'entreprise ne peut être vue en dehors des infrastructures des territoires, de l'éducation et de la formation. Or, il faut une politique volontariste de développement pour avancer dans ces domaines.

Un autre élément qui est totalement ignoré par la commission dans sa communication est le facteur du dialogue social d'entreprise. Il est pourtant acquis qu'il existe un lien de causalité entre la performance des entreprises et la qualité du dialogue social qui seul permet de placer tous les intérêts concernés dans un équilibre constructif et créatif.

Rien n'est dit non plus sur la nécessité d'un haut niveau de protection social qui est primordial pour faciliter le changement, la mobilité et la formation tout au long de la vie des salariés.

Pour la commission, la compétitivité repose uniquement sur des coûts salariaux faibles, une haute flexibilité de la main d'oeuvre et des systèmes sociaux bon marché.

Très peu d'outils de politique industrielle sont proposés par la communication et si tel est le cas la communication reste très vague.

En limitant essentiellement sa politique industrielle au libre-échange et à la concurrence la commission se met hors-jeu elle-même.

Et ce n'est certainement pas par une politique de bas salaires et de dumping fiscal et social que l'Europe atteindra les objectifs fixés à Lisbonne.

Les syndicats et les fédérations professionnelles présents à Bruxelles ont regretté que de nouveau la commission s'est éloignée des objectifs de Lisbonne au lieu de faire des propositions de mise en place d'une véritable politique industrielle européenne.





Syndicat Bois, Caoutchouc, Céramique, Chimie, Ciment, Papier, Plastique, Textile et Verre

TARKETT SOMMER LUXEMBOURG s.a., La fin d'une longue idylle ?

Un tournant important se prépare dans la longue et plus ou moins paisible histoire qu'entretient cette société depuis plus de 40 ans avec le Grand-Duché.

En effet, le 12 février dernier, la direction locale de l'entreprise, implantée à Wiltz et à Clervaux, nous a fait savoir, lors d'une réunion organisée dans le cadre du renouvellement de la convention collective, qu'elle avait réfléchi longuement sur un plan d'action permettant d'assurer la pérennité de l'entreprise. Cette réflexion portait tant sur la compétitivité que sur la rentabilité.

Et, je vous le donne en mille : quels ont été les fruits de cette soi-disant intense et longue réflexion ? Comme tant d'autres, la direction a plongé sur la solution la plus "simple" et la plus classique dans ce genre de situation : diminuer les coûts et (en passant) la main d'œuvre.

Mais, là où d'autres parlent de réorganisation et de restructuration, voire de licenciement et de plan social, chez Tarkett on semble faire preuve de beaucoup d'ingéniosité et d'originalité en la matière. Eh bien oui, on va d'abord mettre en place un programme d'optimisation des fonctions supports (comme ils disent) et puis travailler sur les axes de réduction des coûts.

Pour optimiser les fonctions supports on a fait appel à l'assistance d'un cabinet de conseil en organisation qui a pour mission de diagnostiquer le fonctionnement de l'entreprise (je suppose que tout ce diagnostic se fera bénévolement et gratuitement ?).

En ce qui concerne les axes de réductions des coûts (il faut apparemment

moins réfléchir) on va essayer de réduire les frais de fonctionnement et ... le "Manpower". La notion de Manpower étant, comme l'ont qualifié nos délégués, l'art subtil du clair-obscur. En termes plus prosaïques et cruels, il s'agit tout simplement de se séparer avant la fin de l'année de 8 % du personnel, soit 54,3 "unités" Manpower. Ceci évidemment, pour être à la mode sans doute, de façon chirurgicale, par le biais de départs volontaires, de mise à la retraite etc... En attendant, la chasse aux sorcières a bel et bien démarré.

Nous avons évidemment et immédiatement réagi en signalant à la direction qu'il n'était pas question pour nous de rentrer dans une discussion sur la réduction de l'effectif présent sur le site. Nous refusons également d'accepter la logique du groupe consistant à fixer d'abord un pourcentage d'emplois à diminuer et puis de construire tout autour de cet objectif une pseudo réflexion scientifique.

En effet, il faut savoir que le groupe avait décidé d'opérer au niveau de l'ensemble de ces opérations européennes une diminution de l'effectif de 5 % en 2002 et de 3 % en 2003. Comme la société fêtait en grandes pompes ses 40 ans de présence au Grand-Duché fin 2002, il aurait sans nul doute été mal vu de "diminuer le Manpower" à ce moment-là.

Lors des différentes réunions de négociation organisées en mars et avril, nous avons ré-expliqué à la direction que nous ne pouvions être d'accord sur leurs objectifs concernant la main-d'œuvre et la réduction des coûts, mais que par contre nous étions tout à fait disposés à discuter de l'organisation du travail. Lors de ces réunions, nous avons également présenté notre cahier de revendication axé exclusivement sur notre souci principal : la sauvegarde de l'emploi via une réduction significative du temps de travail.

Au moment de mettre sous presse, nous ne connaissons pas encore la réponse de la direction, une réunion de négociation étant prévue ce 27 mai.

Mais, une alternative intéressante se présente à cette même direction : faire preuve d'originalité et d'un réel intérêt pour la pérennité de l'emploi en acceptant la discussion sur la réduction du travail, ou rester dans le troupeau des adeptes de la pensée unique et se cantonner dans un discours lâche sur la réduction de coûts.

Les paris sont ouverts. Affaire à suivre dans un de nos prochains numéros.



Qui sommes-nous ?

Jean-Claude Bernardini,
secrétaire central du
Syndicat Bois, Caoutchouc,
Céramique, Chimie,
Ciment, Papier, Plastiques,
Textiles et Verre

AVERY DENNISON Luxembourg S.A. Nouvelle convention collective de travail

L'OGB♦L, seul syndicat contractant présent dans l'entreprise, vient de négocier et de signer une nouvelle convention collective de travail pour le personnel ouvrier de l'entreprise Avery Dennison située sur le zoning du PED.

La nouvelle convention prévoit entre autres :

1. Durée de la convention: trois ans (du 01.02.03 au 31.01.06)
2. En novembre 2003, 2004 et 2005 aura lieu à chaque fois une augmentation linéaire de tous les salaires de 1.1 %.
3. En novembre 2003, 2004 et 2005 il sera également procédé à une augmentation des salaires liée aux compétences et le comportement individuels selon les critères en vigueur dans l'entreprise. Cette augmentation au mérite s'élèvera en moyenne à 0.90 %.
4. À partir du 1er mai 2003 le supplément pour travail de dimanche passe à 75 %.
5. Les 2 jours de congé additionnels négociés antérieurement dans le cadre de la réduction du temps de

travail sont maintenus. Ceci porte le nombre de jours de congés accordés à un total de 28,5 jours.

6. Les diverses primes d'ancienneté, de présence et de sécurité restent inchangées pendant la durée de la convention.
7. Le plan de participation aux résultats de l'entreprise est adapté selon un nouveau modèle le rendant plus attrayant et transparent. Cette prime est payée annuellement au mois de mars.



**Syndicat Bâtiment,
Artisanat du Bâtiment,
Constructions Métalliques**

**Journée commémorative des
ouvriers décédés à cause
de leur travail
SYNDICATS PUISSANTS
TRAVAIL SÛR !**

Traditionnellement le 28 avril, tous les syndicats dans le monde entier organisent un événement pour fêter la Journée internationale commémorative des travailleurs. Ceci pour dire haut et fort que les accidents de travail et les maladies professionnelles sont parfaitement prévisibles et pour encourager l'amélioration de la santé et de la sécurité sur le lieu de travail. Il s'agit également d'une journée commémorant les personnes décédées à cause de leur travail.

Les ouvriers de la construction sont parmi les plus touchés

Chaque année environ cent mille travailleurs de la construction sont tués sur les chantiers tandis que des milliers d'autres sont blessés ou atteints d'une maladie professionnelle à cause des conditions de travail déplorables ou illégales. Environ trois cents personnes meurent chaque année d'une maladie des poumons due à l'amiante, la plupart d'entre elles travaillant dans la construction.

Ces ouvriers sont souvent exposés à la nocivité des poussières et des produits chimiques ainsi qu'aux fibres d'amiante utilisées dans les matériaux de construction et dont on sait qu'elles sont mortelles. Ils travaillent en hauteur, dans des espaces réduits, ils soulèvent de lourdes charges et utilisent des machines dangereuses. Tous ces risques sont bien connus, comme le sont aussi les solutions permettant de les éviter. Le plus grand risque pour la santé et la sécurité des ouvriers résulte de la négligence des employeurs qui ne respectent pas la législation la plus élémentaire sur la protection des travailleurs. La dérégulation, la sous-traitance, les conditions de travail informelles ne font qu'aggraver encore cette situation. Les directions ont la responsabilité légale de s'assurer que des mesures collectives et individuelles préventives sont mises en place afin de protéger la santé et sécurité de tous ceux qui travaillent pour leur compagnie.



Qui sommes-nous ?
Alex Teotonio,
secrétaire central du
Syndicat Bâtiment,
Artisanat du bâtiment,
Constructions métalliques

Améliorez la situation en participant à notre campagne : Travail sain = Travail sûr !

Le syndicat Bâtiment, Artisanat du bâtiment et constructions métalliques de l'OGB♦L souhaite vivement voir contrôlés davantage les dirigeants de compagnies privées et publiques et au cas où les dispositifs mis en place ne seraient pas efficaces en matière de santé et sécurité au travail, voir une sanction s'appliquer pour l'infraction. Nous souhaitons qu'il y ait davantage de sévères pénalités en cas d'entrave à la santé et la sécurité et que les tribunaux soient chargés de se prononcer dans des cas particulièrement graves. Il s'agit là non seulement du meilleur moyen pour commémorer ceux qui sont morts et qui ont souffert d'accidents ou de

maladies professionnelles, mais encore de la manière-clé pour protéger les générations à venir et prévenir d'autres victimes.



Qui sommes-nous ?

Marco Wenzel,
secrétaire adjoint du
Syndicat Bâtiment,
Artisanat du bâtiment,
Constructions métalliques

C'est pourquoi le Syndicat Bâtiment, artisanat du bâtiment et constructions métalliques de l'OGB♦L revendique :

- ♦ la participation des travailleurs : les syndicats doivent participer de façon efficace à la prévention des accidents du travail et des maladies professionnelles. Il faut que les représentants syndicaux chargés de la sécurité et de la santé, puissent faire leur travail librement et sans pression
- ♦ la gestion paritaire : il faut, comme c'est d'ailleurs le cas dans bon nombre de pays, mettre en place des comités paritaires chargés de la santé et sécurité dans toutes les entreprises.
- ♦ l'information, la consultation et la formation des employeurs et des travailleurs.
- ♦ le respect de la législation: Le gouvernement et plus spécifiquement l'Inspection du travail et des mines doivent faire respecter la législation. Il faut poursuivre les employeurs qui enfreignent la loi et les condamner à de lourdes amendes (voire même des peines d'emprisonnement ou le retrait du droit de diriger une société) si leur négligence provoque de graves accidents.
- ♦ l'amélioration des conditions des contrats dans le but de fournir des emplois stables.



Syndicat Transformation sur Métaux et Garages

Trefil ARBED Bettembourg (ARCELOR) Renouvellement de la convention collective pour les employés privés

En date du 30 avril 2003, l'OGB♦L et le LCGB ont signé la convention collective de travail pour le personnel employé de l'entreprise Trefil ARBED de Bettembourg.



Qui sommes-nous ?

Marco Casagrande,
secrétaire central du
Syndicat Transformation sur
Métaux et Garages

Les négociations difficiles ont permis d'aboutir, avec le soutien du personnel, à un nouvel accord dont les points principaux sont les suivants :

- ♦ Augmentation des barèmes TABE au 1.1.2004 de 0,5 %.
- ♦ A compter de l'année 2003, le plafond maximum de la prime de productivité est relevée à 40 € (indice 100).
- ♦ Changement des modalités de la pension complémentaire.
- ♦ Création d'un groupe de travail pour étudier l'adaptation des barèmes pour fin 2004.

La convention a une durée de 2 ans et court du 1.1.2003 au 31.12.2004.



Syndicat Banques, Assurances, Fiduciaires

Un incident scandaleux dans les milieux financiers luxembourgeois La direction d'une banque ose recourir à des procédures d'enquête abusives

Le syndicat Banques, Assurances et Fiduciaires de l'OGB♦L a déjà déploré à plusieurs reprises le fait que certaines institutions financières du secteur bancaire cherchent à profiter du contexte économique actuellement peu favorable pour réduire leur personnel.

Ce faisant, elles contreviennent aux dispositions légales en vigueur ou bien contournent allègrement les dispositions protectrices applicables, comme par exemple celles prévues dans l'éventualité d'un licenciement collectif.

Or, un cas particulièrement grave a été rapporté à notre syndicat par la Société Européenne de Banque (SEB). Le personnel a été littéralement séquestré dans les locaux de la société et interrogé pendant des heures, sous le prétexte d'une tentative de détournement de fonds dont l'un des employés se serait rendu coupable.

Les employés n'ont pu passer aucun coup de téléphone pendant leur séquestration de plusieurs heures ni même informer leurs familles des raisons de leur retard, alors que certains d'entre eux ont été retenus pendant plus de 15 heures. Qui plus est, ils ont dû s'engager par écrit à garder secret cet incident.

Plusieurs employés ont été soumis pendant des heures à un interrogatoire extrêmement pénible, sans pour autant être informés de ce qui s'était passé ou de ce qu'on leur reprochait.

Atteinte au respect de la vie privée et à la liberté individuelle

La direction a fait appel à une société de conseil externe pour enquêter sur le

présupposé détournement de fonds. Les personnes mandatées par cette société se sont permises de recourir à des procédures d'enquête abusives en fouillant non seulement les postes de travail du personnel, mais également leurs affaires personnelles.

A ce jour, aucune explication raisonnable à ce regrettable incident, qui s'est déroulé au début du mois d'avril, n'a été donnée. Par ailleurs, le dépôt d'une plainte pour détournement de fonds semble hautement improbable. De plus, la question suivante demeure : pourquoi, à ce jour, n'y a-t-il toujours pas eu d'enquête de police ? Le personnel n'a toujours pas été informé ni de ce qu'on lui reprochait, ni des résultats de l'enquête interne.

Pourtant, depuis cet incident, de nombreux employés ont été licenciés, en partie pour des motifs totalement ridicules. Un hasard ? Difficile à croire, surtout si l'on songe que la Société Européenne de Banque (SEB) réfléchissait depuis un certain temps déjà au moyen qui lui permettrait de réduire son personnel sans devoir recourir à la procédure de licenciement collectif. Une procédure qu'elle n'aurait d'ailleurs pas été en droit d'appliquer du fait de sa récente fusion et de ses bénéfices considérables. Le Syndicat Banques, Assurances et Fiduciaires de l'OGB♦L proteste énergiquement contre ces incidents scandaleux, au cours desquels les droits des employés ont été bafoués et leur dignité humaine atteinte au plus profond. Nous n'hésiterons pas à interpeller les ministres et instances de contrôle compétents au sujet de cette regrettable affaire.

Nous appelons le personnel de la Société Européenne de Banque (SEB) à se montrer solidaire et à prendre avec l'OGB♦L les mesures qui s'imposent afin de lutter contre les manœuvres illégales de la direction.

Nous appelons également tous les employés du secteur bancaire ayant eu vent de cas similaires sur leur lieu de travail à s'adresser dans les meilleurs délais au Syndicat Banques, Assurances et Fiduciaires de l'OGB♦L.

**Private Banking der Dexia BIL
Personal vor vollendete
Tatsachen gestellt**

Vor wenigen Tagen wurden bei der Dexia BIL umfassende Änderungen an den Personalstrukturen im Bereich der Banque Privée vorgenommen, über die das Personal in keiner Weise informiert oder befragt wurde.

Zwar war die in der Personaldelegation majoritäre ALEBA von den Maßnahmen der Direktion in Kenntnis gesetzt worden, zeigte aber keinerlei Interesse daran, die Mitarbeiter über die einschneidenden Umstrukturierungen im

Organigramm der Banque Privée zu informieren.

Der OGB♦L/SBA bedauert, dass die Beschäftigten in einer für sie äußerst wichtigen Angelegenheit erneut vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, und erklärt seine Bereitschaft, alles zu tun, um die Interessen der Mitarbeiter zu verteidigen.

**Dexia BIL – Banque Privée
La politique du fait accompli**

Il y a quelques jours, d'importants changements sont intervenus au niveau du personnel de la Banque Privée auprès

de la Dexia BIL sans information, ni consultation préalable du personnel.

Même si l'ALEBA, majoritaire au sein de la délégation du personnel, avait été mise au courant par la direction, elle n'avait pas jugé utile d'informer les collaborateurs sur les restructurations importantes à intervenir au niveau de l'organigramme de la Banque Privée.

L'OGB♦L/SBA regrette que les employés soient de nouveau confrontés à une politique du fait accompli et s'engage à tout mettre en oeuvre pour défendre leurs intérêts.

Les personnes handicapées dans notre société et sur le lieu de travail

Le rôle du syndicat

**Sur ce thème, le département des travailleurs
handicapés de l'OGB♦L
organise
une conférence
dans le cadre de l'année européenne
des personnes handicapées.**

Des orateurs de la "Confédération Européenne des Syndicats" (CES), de la "Confédération Générale du Travail France" (CGT-F), de "l'Industriegewerkschaft Metall" (IG METALL) et de la "Confederazione Generale Italiana del Lavoro" (CGIL Italie) nous feront profiter de leur longue expérience dans ce domaine et nous présenteront leur action et leurs propositions pour améliorer la situation des travailleurs handicapés sur le lieu de travail et dans notre société.

**La conférence publique aura lieu
mercredi, 11 juin 2003 à partir de 17h30
au Centre Culturel à Luxembourg-Bonnevoie.
Une traduction simultanée sera assurée.**

PROGRAMME:

1. Allocution de Joël Delvaux, président du département des travailleurs handicapés de l'OGB♦L
2. Allocution du représentant de la Confédération Européenne des Syndicats
3. Courts exposés des organisations syndicales invitées (Allemagne, France, Italie)
4. discussion
5. Allocution finale par Jean-Claude Reding, secrétaire général de l'OGB♦L (CGT-L)

BULLETIN DE PARTICIPATION

Nom _____

Adresse _____

- participera à la conférence publique du département des travailleurs handicapés le 11 juin 2003
- a besoin d'une traduction simultanée

A renvoyer à :

OGB♦L / DTH
à l'attention de Norma Gasparri
B.P.149 – L-4002 Esch/Alzette
ou par fax au 54 16 20
ou par e-mail : ogb-l@ogb-l.lu





Institut de Formation Economique et Sociale

Le programme de formation 2003

Juin 2003

Réf.	Date	Intitulé du cours/séminaire	Niveau/ Module	L
3200	11-12.06.2003	Les discriminations au travail	-	F
3112	24-25.06.2003	Prise de parole	2	F

Juillet 2003

Réf.	Date	Intitulé du cours/séminaire	Niveau/ Module	L
3290	09.07.2003	Droit du travail, droit social	-	L
		Les sources d'informations via internet <i>Ce cours aura lieu à la CEPL de 17h30-19h00</i>		
3291	09.07.2003	Droit du travail, droit social	-	F
		Les sources d'informations via internet <i>Ce cours aura lieu à la CEPL de 19h30-21h00</i>		
3163	14-15.07.2003	Versammlungen und Sitzungen effizient leiten – Diskussionen produktiv führen	-	L/A

Novembre 2003

Réf.	Date	Intitulé du cours/séminaire	Niveau/ Module	L
3150	28.11.2003	Alkoholmissbrauch im Betrieb	-	L/A

Décembre 2003

Réf.	Date	Intitulé du cours/séminaire	Niveau/ Module	L
3220	01-02.12.2003	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	-	L/A
3073	04-05.12.2003	Le bien-être au travail : maîtrise des risques professionnels	1	F
3200	10-11.12.2003	Les discriminations au travail	-	F

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).



Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).





Formulaire d'inscription

Je soussigné(e) désire m'inscrire au séminaire suivant :

Date	Intitulé du séminaire	Référence

Nom Mme , M.

Prénom

Date de naissance

Lieu de naissance

Nationalité

N° Matricule de la sécurité sociale

Profession

Adresse N°

Rue

Code postal

Localité

Téléphone / GSM

e-mail

Nom de l'employeur

Adresse N°

Rue

Code postal

Localité

Téléphone

e-mail

Fax

Membre de l'OGB-L oui non

Je fais partie d'une délégation du personnel oui non

Je fais partie d'un comité mixte d'entreprise oui non

Délégué du personnel oui non

Délégué permanent oui non

Délégué à la sécurité oui non

Délégué à l'égalité oui non

Je demande au secrétariat de l'IFES :

de solliciter une dispense de service auprès de mon employeur

de me réserver une chambre de logement de m'inscrire au déjeuner



Prière de cocher la case correspondante

Veillez renvoyer le formulaire au secrétariat de l'IFES/OGB-L :

12 rue du château, L-5516 Remich Tél: 26 66 13-1 / Fax : 23 69 93 52 / e-mail : ifes@ifes.lu

Date

Signature





Chauffeurs de camions

Convention collective signée

Après de longues et difficiles négociations, les partenaires sociaux, c'est-à-dire le « Groupement Transport » pour les employeurs et les organisations syndicales OGB♦L, LCGB, FNCTTFEL et FCPT ont trouvé, lors d'une réunion de négociation en date du 13 mars 2003, un compromis dans le cadre des négociations pour le renouvellement de la convention collective pour les chauffeurs-routiers.

Le résultat de négociation fut de nouveau soumis au vote à la base des quatre organisations syndicales contractantes. Plus de 90 % des membres syndiqués ont donné leur feu vert pour la signature de la convention collective.

Cela est dû notamment au fait qu'après la signature de la convention collective, les partenaires sociaux continueront immédiatement les négociations en vue de trouver un accord sur le temps de travail et la définition du temps de travail. En effet, il y a lieu de transposer, en droit national, la directive « temps de travail pour travailleurs mobiles » (2002/15/CE) laquelle définit le temps de travail d'un conducteur de poids lourd. Cette définition prévoit entre

autres une réglementation concernant les temps d'attente. Une des revendications principales des chauffeurs-routiers sera donc remplie.

La nouvelle convention collective, signée en date du 28 avril 2003, a une durée du 1er avril 2003 au 29 février 2004 et prévoit les améliorations suivantes :

- ♦ Augmentation des salaires barémiques de 12,39 € par mois,
- ♦ Augmentation des frais de route journaliers de 1,98 €,
- ♦ Indemnité de 46,10 € lors d'une interruption de travail à l'étranger,
- ♦ Extension du champ d'application de la convention collective aux entreprises de déménagement de même qu'aux entreprises de courrier-express et de messagerie,
- ♦ Réglementation concernant les dépenses en cours de route,
- ♦ Résumé concernant les droit et devoirs des délégations du personnel.

Container Logistics Bettembourg

Privatisation sans stratégie d'entreprise

Une délégation de l'OGB♦L composée de John Castegnaro, président, Hubert Hollerich, secrétaire central et Nicolas Demarche, président de la délégation CLB (Container Logistics Bettembourg), une filiale des CFL, a rencontré, en date du 8 mai 2003, le Ministre des Transports Henri Grethen, pour avoir un échange de vues au sujet du transport de fret des chemins de fer et, plus particulièrement, au sujet du transport combiné rail-route organisé par la société CLB.

Sans concepts

L'OGB♦L-ACAL déplore que la direction des CFL gère le Container Terminal à Bettembourg sans aucun concept. Endéans trois ans seulement, le nombre de clients a baissé de 25 à 2 clients actuellement et le nombre de wagons à charger par jour a subi une baisse de 40 à 7 dans la même période. Les quelque 35 salariés de CLB sont inquiets face à cette situation dramatique.

La situation fut aggravée par la mise en exploitation de la nouvelle ligne ferroviaire Athus-Meuse au cours de l'année 2002. Cette nouvelle ligne ferroviaire a eu comme conséquence que le Luxembourg est contourné et qu'une majeure partie du fret ferroviaire en provenance des grands ports d'Anvers et de Rotterdam est désormais transportée directement via Athus et Metz vers l'Italie et la Suisse, sans passer par Bettembourg.

Un accord signé en décembre 2001 par les ministres des transports français, belge et luxembourgeois n'a pas pu éviter cette évolution. Ledit accord prévoit qu'à la suite de la nouvelle ligne Athus-Meuse, le Luxembourg ne subirait pas de perte en ce qui

concerne le fret ferroviaire traité à Bettembourg. L'OGB♦L reproche à la direction des CFL de ne pas avoir réagi à cette évolution et de ne pas avoir entrepris des démarches pour trouver de nouveaux clients.

Le ministre attend le papier de stratégie de la part des CFL

Selon le ministre des transports, le Gouvernement luxembourgeois n'aurait pas de problèmes pour respecter les grandes lignes directrices reprises dans le « Livre Blanc » pour le transport de la Commission Européenne visant à revitaliser le rail et accordant au transport combiné rail-route un rang de priorité. Or, l'Etat luxembourgeois ne marquerait plus son accord pour couvrir le sur-coût des chemins de fer sans être en possession d'un papier sur la stratégie future.

Le ministre partage l'avis et les soucis de l'OGB♦L et du personnel concerné. Il a souligné qu'il attendait toujours le papier de stratégie de la part de la direction des CFL, un document qu'il a réclamé, d'ailleurs, à plusieurs reprises. Concernant la mise en exploitation de la nouvelle ligne ferroviaire Athus-Meuse, le ministre déplore que des accords internationaux ne soient pas respectés par d'autres Etats et que le Gouvernement luxembourgeois n'en pouvait pas être responsabilisé.

Dans d'autres démarches, l'OGB♦L essaiera d'obtenir plus de transparence et luttera pour la sauvegarde de l'entreprise et des postes de travail.



OGB♦L informiert sich bei der FLEAA über Verbesserungsvorschläge

Am 9. Mai 2003 kam eine Delegation des OGB♦L, bestehend aus John Castegnaro, Präsident, Mett Waldbillig, ACAL-Präsident und Hubert Hollerich, Zentralsekretär mit Vertretern der Arbeitgeberorganisation der privaten Busunternehmen FLEAA zusammen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die von der FLEAA im Rahmen einer Studie veröffentlichten Überlegungen betreffend die Verbesserung des öffentlichen Transports in Luxemburg. Die FLEAA wird sich künftig verstärkt für die Förderung des Bustransports einsetzen. Ziel der FLEAA ist es, die Bevölkerung von den Vorteilen des Bustransports gegenüber dem Individualverkehr zu überzeugen. Hierbei greift sie auf Argumente wie Sicherheit, Umweltschutz, Kosten, Flexibilität und Komfort zurück. Konkret schlägt die FLEAA das Einzeichnen von mehr Busspuren vor, die es ermöglichen würden, die Fahrzeit auf bestimmten Linien bis zu einem Drittel herabzusetzen. Das Einsetzen moderner

Busse ist für den Herbst geplant und wird den Komfort wesentlich verbessern.

Grundsätzlich teilt der OGB♦L die Ansichten der FLEAA, hat aber auf die Gefahren der von Brüssel aus betriebenen Liberalisierungspolitik hingewiesen. Sollte die geplante Verordnung über das Ausschreiben des öffentlichen Transports einmal in Kraft sein, könnte diese negative Folgen für sämtliche Transportträger in Luxemburg haben. In dem Zusammenhang wies der OGB♦L auch auf die bestehende Konkurrenz zwischen privaten und öffentlichen Transportanbietern hin, die zu Spannungen führen könne. Die FLEAA bestätigte, dass sie keine aggressive Marketingpolitik gegenüber anderen Transportanbietern beabsichtige.

Zur Zeit beschäftigen die 30 luxemburgischen Privatbusunternehmen 1250 Arbeitnehmer und haben einen Fuhrpark von insgesamt 1000 Fahrzeugen.

Tragique accident d'un autocars à Lyon

Respecter les normes minimales !

A la suite de deux graves accidents d'autocars qui se sont produits les 16 mai 2003 à Lyon et 8 mai 2003 en Hongrie, qui ont fait au total 61 passagers tués et 95 blessés, l'OGB♦L-ACAL lance un appel pressant aux employeurs de respecter les normes minimales de la convention collective et de la réglementation européenne.

C'est un fait connu que, pour beaucoup de voyages, le nombre de personnel roulant prévu est insuffisant. Les chauffeurs d'autocars sont souvent obligés de ne pas respecter les heures de conduite et de repos prescrites dans la réglementation européenne.

Dans le même contexte, l'OGB♦L-ACAL s'oppose catégoriquement au fait que certains voyages soient effectués par des conducteurs-hobby.

La sécurité des passagers devrait avoir priorité absolue par rapport aux critères de rentabilité.





Kollektivvertrag Bus

Breite Unzufriedenheit festgestellt

Der OGB♦L-ACAL hatte die Busfahrer am 10. und 17. Mai 2003 nach Senningen respektive Diekirch eingeladen, um eine Zwischenbilanz über die Anwendung des im Juni 2002 unterzeichneten Kollektivvertrags zu ziehen.

Auf beiden Sitzungen waren Busfahrer aus insgesamt 19 einheimischen Betrieben vertreten. Der OGB♦L-ACAL wurde in seiner kritischen Haltung zum neuen Kollektivvertrag voll unterstützt. Eine große Unzufriedenheit wurde in folgenden Punkten festgestellt:

- ♦ Mit Ausnahme von 5 Betrieben, sind die Busfahrer nun gehalten, 6 Tage in der Woche zu arbeiten
- ♦ In fast allen Busunternehmen werden die Busfahrer vom Arbeitgeber gezwungen, Urlaub zu nehmen, was einen klaren Verstoß gegen das Urlaubsgesetz darstellt.
- ♦ Im Gegensatz zum eigentlichen Zweck des neuen Kollektivvertrags, wurde die „Amplitude“ (Schichtdauer) in den meisten Betrieben nicht von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt, sondern blieb konstant, wurde beziehungsweise sogar auf 14 bis 15 Stunden heraufgesetzt. In manchen Betrieben wird die europäische Gesetzgebung betreffend Tages- und Wochenruhezeit missachtet.
- ♦ In vielen Busbetrieben erfahren die Beschäftigten erst einen Tag im Voraus ihr Programm für die darauffolgende Woche, womit das Familienleben in vielen Fällen durcheinander gewirbelt wird.
- ♦ Widersprüchliche Texte in Bezug auf die Berechnung der Arbeitszeit und der geleisteten „Amplitude“-Stunden sorgen für Verwirrung bei der Lohnberechnung.

Auch die Gewerbeinspektion bestätigte dem OGB♦L-ACAL die Zweideutigkeit bestimmter Artikel des Kollektivvertrags.

- ♦ Mechaniker in den Busunternehmen sind nicht durch den Kollektivvertrag abgedeckt.
- ♦ Im Minibusbereich herrscht zur Zeit totaler Wildwuchs. Der Kollektivvertrag ist nur beschränkt auf Minibusfahrer anwendbar. Minibusfahrer haben in vielen Fällen eine „Amplitude“ von mehr als 15 Stunden pro Tag.
- ♦ Der Entwicklung von Teilzeitarbeit wird bei der Einstellung von Fahrern wohl Rechnung getragen; diese Fahrer fallen jedoch nicht unter den Kollektivvertrag.

Volle Unterstützung erhielt die ACAL-Führung in ihrer Forderung nach einer sofortigen Unterredung mit dem Arbeitgeberverband FLEAA.

Auf beiden Busfahrer-Versammlungen wurde auch über die allgemeine Lage im öffentlichen Transport diskutiert. Bedenklich ist die Tatsache, dass auf bestimmten, vor allem grenzüberschreitenden Linien, die Fahrer gezwungen sind, mehrere Tausend Euro Bargeld mitzuführen, was ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt.

Bemängelt wurde darüber hinaus, dass in den Bussen kein Reglement mehr aushängt, das die Passagiere auf ihre Pflichten hinweist. In mehreren Fällen kam es demzufolge zu präkären Situationen. Der OGB♦L-ACAL hat diesbezüglich beim Transportminister interveniert.





Addi Gérard

Am Montag, den 19. Mai 2003 kam, völlig überraschend für alle, die Nachricht vom Tod unseres Kollegen Gérard Schaefer, der in Nacht vom Samstag auf Sonntag einem Hirnschlag erlegen ist.

Am 17. Januar 1956 in Esch/Alzette geboren, begann Gérard nach Abschluss seines Passage-Examens seine berufliche Laufbahn in der VW-Garage Losch in Luxemburg. Spätere Etappen führten ihn in mehrere namhafte Garagen-Betriebe in der Hauptstadt, wo er sich stets durch sein engagiertes Verhalten im Sinne seiner Kollegen hervortat.

So ist es nicht erstaunlich, dass er im Oktober 1995 zum OGB♦L kam, wo er als hauptamtlicher Sekretär des Syndikats Metallverarbeitende Industrie und Garagen, sein Engagement nun voll zum Ausdruck bringen konnte. Durch seine ruhige aber bestimmte Art und Weise, wurde er sowohl von den Delegierten als auch den Arbeitgebern aus seinem Sektor geschätzt und respektiert.

Gérard Schaefer hinterläßt eine Ehefrau aus zweiter Ehe und 6 Kinder. Wir entbieten der trauernden Familie unser herzlichstes Beileid.

OGB♦L weihet neuen Gedenkstein zu Ehren der Arbeiter ein

Am 28. April wurde in Beisein von Minister Biltgen, der Escher Bürgermeisterin Lydia Mutsch, den Schöffen Vera Spautz, Henri Hinterscheid und André Hoffmann sowie dem Präsidenten des Landesverbands und Vertreter des Bucharbeiterverbandes, ein neuer Grabstein zu Ehren der verstorbenen OGB♦L-Mitglieder eingeweiht. In seiner Anspache unterstrich John Castegnaro, dass der Grabstein wohl zu ihrem Gedenken errichtet wurde, dass er aber auch zum Symbol für die Sicherheit am Arbeitsplatz werden soll, da weltweit fast täglich 5.500 Menschen bei der Ausübung ihres Berufes sterben.



COMISSÃO DOS EX-MILITARES

Secretário de Estado da Defesa promete regulamentação até Julho

A Comissão de ex-militares do Luxemburgo reuniu-se no passado dia 18 de Maio com a sua congénere de França. Em análise estiveram as recentes declarações do Secretário de Estado da Defesa e dos Antigos Combatentes, Dr. Henrique de Freitas, que afirmou que o governo iria regulamentar a Lei 9/2002 até final do mês de Julho e que seriam contempladas as reivindicações dos emigrantes.

Nós congratulamo-nos com essas afirmações que vão no sentido das promessas feitas em Dezembro pelo Grupo Interministerial. Nós estaremos atentos e tudo faremos para que as promessas agora expressas por este membro do governo venham a ser cumpridas.

Nesse sentido endereçámos convites aos 3 Secretários de Estado: Comunidades Portuguesas, Defesa e Segurança Social para que se desloquem ao Luxemburgo afim de aqui anunciarem as novas medidas.

Não nos podemos esquecer que foi no Luxemburgo que a luta pela contagem do tempo de serviço militar para os emigrantes foi iniciada em Março de 2001 e que foi a Comissão do Luxemburgo, com o apoio constante e permanente da OGB•L, quem mais diligenciou para a obtenção desse direito.

Desafiámos os 3 Secretários de Estado a estarem presentes no almoço convívio que irá ter lugar em 5 de Outubro, no restaurante Bairrada em Esch/Alzette.

INSCREVA-SE NO ALMOÇO

Com o objectivo de manter o diálogo e a informação entre os ex-militares, familiares e simpatizantes um almoço-convívio irá ter lugar no dia 5 de Outubro, no restaurante Bairrada, em Esch/Alzette. Já convidámos o Secretário de Estado das Comunidades para estar presente, bem como as autoridades diplomáticas e o presidente da OGB•L, John Castegnar, por todo o apoio que nos tem prestado.



Não falte a este momento alto e significativo do nosso/vosso movimento.

De manhã haverá uma celebração eucarística por todos aqueles que perderam as suas vidas em combate, bem como a deposição de uma coroa de flores no monumento de homenagem a todos os mortos da 2ª Guerra Mundial.

O almoço irá ter lugar a partir das 13 horas. O preço do almoço é de 30 Euro por pessoa e consta de entradas variadas, sopa, prato, sobremesa, café e as bebidas estão incluídas no preço. Para mais informações queira contactar o Presidente da Comissão, Manuel Gomes da Silva (546683) ou Eduardo Dias (496005-208).

Para a sua inscrição, bem como dos seus familiares e amigos, gostaríamos que preenchesse a ficha em baixo e a enviasse para a morada indicada. Para confirmação da inscrição queira proceder à transferência do montante de 30 Euro por pessoa para a conta IBAN LU09 3020 0105 8600 1011 da Caixa Geral de Depósitos com a indicação do seu nome e da menção "almoço dos ex-militares"

PASSA A PALAVRA AOS TEUS COLEGAS

Eu, (nome) _____,

residente em _____

com o telefone _____, participo no almoço-convívio do Domingo, dia 5 de Outubro, em Esch/Alzette. Vou acompanhado por _____ pessoas

Département des Immigrés - Région de Dudelange

REUNION D'INFORMATION

« SECTEUR HOSPITALIER ET SECTEUR SOINS »

« ELECTIONS SOCIALES 2003 »

Avec la participation de Pit SCHREINER
Secrétaire adjoint de l'OGB•L Secteur Santé

Maison Syndicale de l'OGB•L
à DUDELANGE
Samedi 7 juin 2003 à 19h30

Un vin d'honneur sera offert à tous les participants

"O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS
entre as 9h30 e as 10h00

na RADIO LATINA

101.2 e 103.1 FM

Um programa de informação da OGB•L
para todos os trabalhadores

Para estar bem informado sobre as realidades económicas
e sociais do Luxemburgo e da Europa

**OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES
FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS
LIGUE PARA O TELEFONE 1363**

GRAND BAL DE L'AMITIE

Centre Culturel de Larochette
Samedi 14 juin à 21h00

Avec l'orchestre APETIÇÃO
Entrée: prévente 3 Euro
Salle: 5 Euro

Grande Tombola

Organisation: La Région Nord du
Département des Immigrés de l'OGB•L

Radio Norte

RADIO INTERCULTURAL

103.9 FM

às Quartas-feiras
entre as 19H15 e as 20H00

"ASSIM É QUE NÓS NOS ENTENDEMOS "

António Ferreira em conversa com EDUARDO DIAS

Para informar e esclarecer os ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Se está de férias, boas férias !

Próximas emissões:
4 de Junho

Se quer participar, telefone (80 45 15 ou 80 45 16)
ou escreva-nos!

Ouçã a



todas as 3as Feiras
entre as 19H00 e as 20H00
Programa "OS VOSSOS DIREITOS"

EDUARDO DIAS
esclarece ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Pode colocar as suas questões através do telefone 54 94 18
ou escreva para **Radio Amizade**
Programa "Os Vossos Direitos"
1, rue de l'Eau L-4130 ESCH/ALZETTE



Jean-Claude Reding
Generalsekretär

Es kommt Bewegung und frischer Wind in den luxemburgischen Sozialdialog Abkommen zur Verbesserung des individuellen Zugangs zur Weiterbildung

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre hat der Wirtschafts- und Sozialrat ein dreiteiliges Gutachten über die Weiterbildung vorgelegt. Von diesem Gutachten wurde lediglich der Teil, der sich mit Bildungsmaßnahmen in Unternehmen befasst, durch das Gesetz vom 22. Juni 1999 umgesetzt. Dieses sieht öffentliche Hilfen für Unternehmen vor, die in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investieren. In der europäischen Terminologie bezieht sich dieses Gesetz auf den kollektiven Zugang zu Weiterbildung.

Die individuelle Unterstützung und die Verbesserungsmöglichkeiten im Hinblick auf den Zugang des Einzelnen zu Weiterbildungsmaßnahmen bleiben so gut wie unerwähnt. Angesichts dieser Situation hat der OGB•L bilaterale Verhandlungen zwischen der Union des Entreprises Luxembourgeoises und den national repräsentativen Gewerkschaften vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde im Februar und Mai 2001 vom Dreier-Beratungsausschuss über die Berufsausbildung sowie vom Koordinierungsausschuss der Nationalen Tripartite erneut aufgegriffen. Anderthalb Jahre dauerten die Verhandlungen, die Ende 2002 zur Ausarbeitung eines Abkommensentwurfes führten, der am 2. Mai 2003 von der UEL, vom LCGB und vom OGB•L unterzeichnet wurde.

Das Abkommen besteht aus 4 Teilen:

- ◆ Der erste Teil stellt eine Empfehlung für die mit flexiblen Arbeitszeitregelungen befassten Sozialpartner dar. Angestrebt werden Verbesserungen der Arbeitsgestaltung zu Gunsten von Personen, die an einer beruflichen Ausbildung interessiert sind und wieder in die Bildungslaufbahn einsteigen möchten.
- ◆ Der zweite Teil beinhaltet die Einführung eines Rechts auf 4 bis 6 Wochen unbezahlten Urlaub, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. In diesem Zusammenhang spielen die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die in Frage kommenden Bildungsoptionen, die Möglichkeiten zur Ablehnung oder Verschiebung des Urlaubsantrags und die Urlaubsregelungen eine entscheidende Rolle.
- ◆ Der dritte Teil bezieht sich auf die Einführung eines bezahlten individuellen Bildungsurlaubs nach dem rechtlichen Modell für den Erziehungsurlaub. Für einen solchen Urlaub sind 20 Tage innerhalb von zwei Jahren und 80 Tage während der gesamten Dauer der beruflichen Laufbahn für die berufliche Bildung vorgesehen.
- ◆ Der vierte Teil enthält Empfehlungen für den Gesetzgeber, wonach punktuell bestimmte rechtliche Vorschriften der Steuer- und Sozialversicherungsgesetze angepasst werden sollen.

Der vollständige Text des Abkommens kann per Brief, Fax oder E-Mail beim OGB•L angefordert werden. Der Text ist auch auf der Internetseite des OGB•L abrufbar.

Der erste und zweite Teil bilden ein berufsgruppenübergreifendes Kollektivabkommen, das derzeit lediglich richtungsweisend für die Sozialpartner auf Unternehmens-, Sektor- und/oder Branchenebene ist. Die UEL, der OGB•L und der LCGB beziehen sich im Hinblick auf dieses Abkommen auf den Gesetzesentwurf über Tarifverträge, der die Möglichkeit zur Aushandlung berufsgruppenübergreifender Kollektivverträge vorsieht, die von der Regierung als allgemeinverbindlich erklärt werden können. Die Unterzeichner des Abkommens haben vereinbart, dass sie gleich nach der Annahme des Gesetzesentwurfs die Allgemeinverbindlichkeit für den Teil des Abkommens, in dem es um flexible Arbeitszeiten und die Einführung des Rechts auf unbezahlten Bildungsurlaub geht, fordern werden.

Was den individuellen Bildungsurlaub sowie die steuerlichen und sozialen Maßnahmen anbelangt, so hoffen die Unterzeichner, dass die Regierung die ausgearbeiteten Vorschläge aufgreift und sie der Abgeordnetenversammlung vorlegt. In diesem Zusammenhang wurden Unterredungen beim Minister für Arbeit und Beschäftigung sowie bei der Ministerin für nationale Erziehung, Berufsausbildung und Sport gefordert. Darüber hinaus wurde der Vertragstext offiziell der Abgeordnetenversammlung und dem Premierminister übergeben. Die Umsetzung des Abkommens liegt nun in den Händen der Politiker. Der Vertrag ist auf jeden Fall ein wichtiger Fortschritt für jene Arbeitnehmer, die sich weiterbilden möchten und trägt insgesamt zur Verbesserung der Arbeitsqualität sowie der viel diskutierten globalen Wettbewerbsfähigkeit bei.

Außerdem bringt es frischen Wind in das soziale Geflecht in unserem Land. Das Abkommen zeigt, dass die Sozialpartner in der Lage sind, durch bilaterale Diskussionen über ein sozio-ökonomisches Thema konkrete Vorschläge auszuarbeiten, ohne dass es einer Dreierkonzertierung bedarf. Man darf nicht vergessen, dass im Januar 2001 die politische Debatte über diese Themen abgebrochen wurde und es bleibt zu hoffen, dass sich dies angesichts der konkreten und ausgewogenen Vorschläge, die zwischen der UEL und den Gewerkschaften ausgehandelt wurden, nicht wiederholen wird.

Über andere Themen wie Telearbeit, Teilzeitarbeit, finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsergebnis und Zeitsparkonten wird derzeit noch diskutiert, angestrebtes Ziel sind dabei berufsgruppenübergreifende Verträge.

Meiner Ansicht nach bietet sich hier die einmalige Chance, das luxemburgische Sozialmodell zu modernisieren und den Sozialdialog zu intensivieren. Es liegt an den Arbeitnehmerverbänden und den Gewerkschaften, diese Chance zu ergreifen und ihre Innovationsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Schließlich muss man den Beitrag der Experten der Privatbeamtenkammer und der Arbeiterkammer bei diesen Verhandlungen unterstreichen. Dies ist eine ganz neue Dimension bei der Arbeit der Berufskammern, die der OGB•L weiter ausbauen möchte. Bei den Sozialwahlen vom 12. November 2003 geht es unter anderem auch darum.





John Castegnaro
Président

Un petit air de crise ...

Mai 2003 a été marqué par des déclarations politiques et sociopolitiques percutantes : les discours du 1er mai, les conclusions de la Tripartite, les déclarations du patronat et - enfin - le traditionnel discours du ministre d'Etat sur l'état de la Nation ont tous porté sur des thèmes essentiels.

L'OGB•L est en train d'analyser le discours sur l'état de la Nation - lequel ne peut d'ailleurs prétendre faire l'unanimité car les attentes sont grandes et multiples, en particulier un an avant les élections - ainsi que les débats des parlementaires. Et nous ne nous laisserons influencer ni par des promesses ni par des affirmations. Nous sommes un syndicat et non un parti politique. Nous ne pratiquons pas l'opposition pour l'opposition. Ce ne sont pas des considérations électoralistes ou politiciennes qui nous guident, mais bien le souci de défendre au mieux les intérêts de nos membres et des travailleurs. De même, nous refusons de céder au jeu de la provocation que pratiquent certains commentateurs politiques.

Pas de crise !

Un petit air de crise, affirme le ministre d'Etat. Basée sur une analyse économique, l'affirmation est de taille. Mais qu'en est-il réellement: crise ou pas de crise ? Le diagnostic influencera bien des décisions politiques. Une crise se caractérise, en général, par le démantèlement des acquis sociaux et le blocage des salaires. Aucune de ces deux mesures ne se justifie, car - de l'avis de la Tripartite - nous ne nous trouvons ni en période de récession ni en période de crise. Dans ce contexte, l'analyse du discours du ministre d'Etat doit donc - pour être exhaustive - tenir compte du travail de la Tripartite, de l'avis du CES (comité économique et social), du comité pour l'emploi et autres organes. Sans toutefois perdre de vue que le discours du ministre d'Etat est un discours politique et doit être traité comme tel.

L'OGB•L prend acte de ce qu'aucune réduction des acquis sociaux et aucune augmentation des cotisations sociales ne sont à l'ordre du jour (et, partant, aucune détérioration des prestations). De même, il n'est pas question de remettre en cause le système des pensions ni d'envisager une quelconque ingérence étatique ou politique dans les politiques tarifaire ou salariale. Au contraire, l'importance du dialogue social -

institutionnalisé au Luxembourg dans de nombreux domaines, comme l'illustrent la Tripartite ou le CES - a été formellement confirmée. Notre succès réside dans la force du dialogue et dans l'autonomie tarifaire des partenaires sociaux, les conflits n'étant ici toutefois pas exclus. C'est pourquoi le ministre d'Etat a été bien inspiré de remettre le patronat à sa place en matière d'index. Toucher à l'index, c'est remettre en cause le dialogue et la continuité de la politique tarifaire. C'est, en d'autres mots, susciter des tensions et des conflits sociaux. Aussi voyons-nous dans les déclarations du ministre d'Etat une consolidation du modèle luxembourgeois, étant entendu que la question du rapport de forces reste déterminante. Les quelque 54.000 membres de l'OGB•L représentent ici un argument de poids.

Article 442-1

Le 22 mai, à peine deux jours après le discours du ministre d'Etat, l'OGB•L a réussi une avancée au terme de deux heures de discussions difficiles mais franches : le ministre de la Justice s'est déclaré fondamentalement prêt à retirer l'article 442.1 et a formellement promis de renoncer à toute criminalisation (c'est-à-dire aux peines d'emprisonnement pour infraction). A la base de ce succès de l'OGB•L : arguments forts, confiance et crédibilité. Les libertés des citoyens et les possibilités d'action des syndicats ne sauraient être limitées. Réclamer des peines d'emprisonnement, c'est restreindre l'espace démocratique et inciter à la violence. Qui voudrait cela ? L'OGB•L comprend parfaitement que l'Etat - principal garant des libertés fondamentales - a lui aussi besoin d'une certaine marge de manœuvre afin de pouvoir garantir la coexistence - et non la confrontation - des libertés fondamentales des uns et des autres. Reste cependant la question de la proportionnalité des moyens, sur laquelle précisément l'Etat doit rester démocratique. Concordant sur ce point, le ministre de la Justice s'est enfin déclaré prêt à faire des concessions.

L'OGB•L était la première organisation à prendre position sur ce sujet en novembre 2002 déjà et n'a cessé d'intervenir depuis lors, même si ce fut discret. Nous sommes fiers de notre succès, qui s'inscrit dans la droite ligne de la défense des libertés fondamentales assumée depuis toujours par le mouvement syndical libre.

Arcelor

Les conflits violents qui ont émaillé les manifestations ARCELOR des 17 et 25 avril 2003 ont été autant d'eau au moulin de ceux qui prônent une restriction des droits. Mais là n'est pas la seule raison qui a amené l'OGB•L et le LCGB à ne pas participer à la manifestation du 25 avril et à en demander, en riposte, le report à une date ultérieure aux élections parlementaires belges. Nous sommes contre la violence et les bagarres, et pour la solidarité et la justice. Nous avons mis et remettrons encore et toujours en cause la stratégie d'ARCELOR dès lors qu'elle se limite à imposer des démantèlements qui ne s'accompagnent d'aucune alternative concrète en termes d'emplois de remplacement et d'aucun plan social d'envergure. La prise de position unanime des trois représentants syndicaux lors du conseil d'administration d'ARCELOR du 24 janvier 2003 illustre bien cette détermination. Le comité national de l'OGB•L du 19 mai a par ailleurs confirmé à la quasi-unanimité la position des organes compétents.

Brûlot social

De nombreuses conventions collectives ont, ces derniers mois, été renouvelées sans susciter ni conflits ni confrontations. Voilà qui souligne la réelle importance de l'autonomie tarifaire, voilà qui atteste de l'incohérence du lamento au sujet de l'indexation et de l'appel à une politique salariale modérée. Les patrons, les syndicats et leurs délégués responsables gèrent les diverses situations en conséquence.

La convention collective dans le secteur hospitalier constitue une exception peu glorieuse. Ici, le résultat des négociations jeté par-dessus bord est un coup dur porté aux employés et aux syndicats du secteur hospitalier. Le personnel est victime d'un contexte nourri de divergences politiques et personnelles au sein de l'EHL. Il incombe désormais à l'Office national de conciliation de juger de l'affaire, et une grève reste tout à fait envisageable.

Un autre conflit social couve chez LUXAIR, car nous refusons de nous laisser mener par le bout du nez en matière de convention collective, tout comme nous refusons les licenciements et les baisses de salaire annoncés par le directeur général dans la presse belge.



Chienne de Vie



LA FÉE ET LE TRIANGLE DES BERMUDES

Il était une fois un enfant autiste.

Cet enfant de 17 ans réside avec ses parents en France, parents qui travaillent tous les deux au Luxembourg.

Depuis de nombreuses années, les parents de cet enfant ont vainement recherché la structure la plus adaptée pour le bien-être et l'évolution de leur enfant. Finalement, en date du 19 décembre 2002, la COTOREP, (commission technique d'orientation et de reclassement professionnel), de Meurthe-et-Moselle, préconise un placement en maison d'accueil spécialisée et accepte le transfert de l'enfant dans cette structure qui se trouve en Belgique.

Lors de la réunion de cette commission, il avait été spécifié que ce serait l'organisme lui-même qui prendrait contact avec la CPAM compétente afin d'entreprendre les démarches nécessaires à la prise en charge des frais d'hébergement de l'enfant. Parallèlement, on confirme à la maison d'accueil spécialisée en Belgique la prise en charge des frais engagés par l'Union des caisses de maladie à Luxembourg, par l'intermédiaire du formulaire E128.

L'admission de l'enfant prend donc effet à la date du 10 février 2003 dans cette structure médico-sociale en Belgique.

L'enfant s'y trouve depuis et peut enfin s'épanouir et a fait d'énormes progrès à la plus grande satisfaction des éducateurs, de la directrice du centre et des parents.

Mais voilà qu'en date du 5 mai 2003, l'union des caisses de maladie, service juridique qui a reçu entre-temps la facture du mois de février de la structure médico-sociale belge notifie à cette dernière un courrier l'informant que l'UCM n'est pas habilitée à intervenir dans le remboursement des frais d'hébergement de l'enfant.

L'UCM précise que la prise en charge des prestations d'hébergement dans un centre pour autistes échappe au champ d'application de l'assurance maladie au Grand-Duché de Luxembourg. Cette administration précise également qu'une prise en charge par l'assurance maladie belge dans le cadre des règlements communautaires sur base du formulaire E128, ne peut également pas être appliquée, vu que la législation sociale en Belgique ne prévoit de même pas la prise en charge de ces frais. Seuls, les frais dont un remboursement est prévu par la nomenclature des soins de santé belge pourront faire l'objet d'un remboursement par l'UCM, dans le cadre des règlements CEE.

En résumé, pas de prise en charge des frais d'hébergement qui s'élèvent pour un mois complet à près de 6.000 euro.

Voilà la réalité de l'Europe de la libre circulation, un pays qui prend une décision, le deuxième pays qui accueille l'enfant dans sa structure spécialisée et le troisième pays qui dit : "Allez vous faire voir, il n'y a pas de prise en charge".

Fort heureusement il y a une note quelque peu "féérique" dans cet imbroglio triangulaire franco-belgo-luxembourgeois, c'est que la structure médico-sociale belge privilégie le bien être de l'enfant qui est primordial et qu'elle met de côté pour le moment le problème "financier", même s'il est indéniable que ce problème devra être résolu.

Mais cela nous permettra de trouver la solution la mieux adaptée à cette situation.

Une belle note de solidarité dans ce monde de pourris !

Philippe Manenti

SUMMER-CROISIERE

Wort

TELECRAN



MISTRAL****



Erny Delosch, Peter Petrel, Fausti, Ernie Hammes, Fritz Hartert, Al Lenners, Ander Hirt

Baltische Metropolen vom 24.08.- 31.08.

Kiel - Visby - Stockholm - Tallin -
St.Petersburg - Kopenhagen - Kiel

oder

Norwegische Fjorde vom 31.08.- 07.09.

jeweils 8 Tage

ab **1315 €**/Erwachsenen

260 € (Kinder 2-17 Jahre)

Beide Reisen können auch kombiniert werden.

Leistungen: Abholdienst von Zuhause, Busreise Luxemburg-Kiel-Luxemburg, 8- oder
15-tägige Kreuzfahrt mit VIP Trinkgelder und Extra-Unterhaltungsprogramm.



Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

ENGRAS SUR RAIES	STATION THERMALE	OBJET DE L'AMPLIEUR	NOUVEAU	MORTIFICATION
TERRE DE POIS	LANCIERS POLONAIS	MARQUES	ENCHÂNÉS	
PRÊTRE			5	
CHANCE				
	7	MINYÈS		VILLE DES PAYS-BAS
		CONCRÈTIONS CALCAIRES		
RECOUVRIR				8
PLANTE DE MONTAGNE	2			
			1	
			NOTE	
PORTÉES AVEC VIOLENCES			CRICHET BOULE	
NEURON				10
	6	VERGUES ARMÉES		PETIT POUR SEC
		PROBLÈME		
SEMBLABLE			CARDINAL	
TESSI POUR JEANS			PERSONNEL	CHAÛTE
			ROULÉS	
			LUMEN	
ANDRYME				PERSONNEL
ÉCHASSIER				WITLOOSE
	4		PAYS D'ARROUÈ	
SITIÉE			PIÈCE DE LA CHARRIÈRE	3

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 grand barbecue électrique
- 2^e prix : 1 petit barbecue électrique
- 3^e prix : 1 réveil-matin

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 15 juin 2003 à :

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P. 149
L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

B	L	C	L					
T	R	O	I	S	H	U	I	T
A	L	I	C	A	N	T	E	
H	I	L	O	I	R	E	R	
M	E	N	E	R	I	N		
R	E	S	N	I	F	F	E	
N	B	E	A	U	S			
E	T	A	T	G	R	E		
S	E	R	E	I	N	S		
C	R	A	N	E	E	C	U	
I	N	U	L	E	O	R		
O	P	E	R	A	C	R	I	
A	S	E	X	U	E	S		

04/2003 - Solution : HECTOLITRE

Biwer Tilly, Bissen (F), 1^{er} prix
Heintz Irma, Hondelange (B), 2^{ème} prix
Primicerio Emmanuel, Thionville (F), 3^{ème} prix

10

ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

Découvrez les 10 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 10 differences between the two drawings

Encontre las 10 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 10 Punkten. Welche ?



KREUZWORTRÄTSEL

Bezugnahme	▽	Spaltwerkzeug	erste Frau Jakobs (A.T.)	▽	kleines Wassertier	enthaltene Lebensweise	▽	▽	ein Schnelzug (Abk.)	Wasserstrudel	dauernd	▽	▽	dreiatomiger Sauerstoff		
Skandal	▷	▽	▽			rührender Schlager	▷			▽				1		
Asphaltgrundstoff	▷					Rufname Eisenhowers	▷		Geliebte des Zeus		griech. Göttin, Mutter d. Winde	▷				
▷						Ackergerät		Gründer der Sowjetunion	▷				3	Meeresstachelhäuter		
Name der Europarakete			Stöckelschuh			Fruchtäther	▷				Nachtlager im Freien (Mz.)		lat. nische Vorsilbe: weg	▽		
asiatische Fasanenvogel		längere Belästigung	▷						Rohkostspeise		Steuer im MA.	▷				
▷						Wort beim Poker		Vormittagsveranstaltung	▷							
Ital. Tresterbranntwein		Musikrichtung, Rock'n'...	Festsaal in Schulen			Staat in Südamerika	▷				ugs.: weit ablegen			2	US-Schauspieler (de ...)	
▷	▽	▽						Vorname des Sängers Gildo †	▷				germanische Gottheit		Teil der Bibel (Abk.)	
Unterarmknochen						eiszeitlicher Höhenzug	▷		Luftwiderstandsbeiwert	engl. Fürwort: er			Anteilschein	▷		
▷															Initialen Redfords	
Mangel an Abwechslung	▷														8	Fremdwortteil: nicht

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Die Buchstaben der Felder 1 bis 9 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

- Preis: 1 großer elektrischer Grill
- Preis: 1 kleiner elektrischer Grill
- Preis: 1 Wecker

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 15. Juni 2003 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

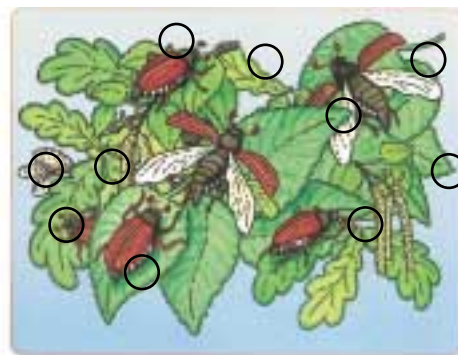
Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

10

ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

SOLUTION
 AUFLÖSUNG
 ANSWER
 SOLUCIÓN



E	A	I	G	S									
K	E	G	E	L	N	D	R	E	I	S	A	T	Z
H	A	U	E	N	S	C	H	L	A	G			
E	L	I	S	E	K	T	I	B	N				
D	A	N	M	E	L	D	E	N	E	D			
J	E	C	K	A	U	L	H	F	R	E	I		
A	M	A	T	I	C	G	E	N	E	S	I	S	
E	S	H	E	E	N	M	B	K					
N	E	U	N	T	E	B	S	E	R	I	E		
N	A	R	R	E	L	I	G	A	S	T			
S	G	E	G	O	I	S	M	U	S	C	T		
S	O	D	A	F	E	S	M	U	E	H	E		

EISHEILIGE

04/2003 Lösung Kreuzworträtsel: EISHEILIGE

Gross Roger, Dalheim
 Eischen Guy, Soleuvre
 Sonnen Patrick, Luxembourg

1. Preis
 2. Preis
 3. Preis



SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff Jeblick Viviane		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01-1 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Moinet Yvon		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01-1	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-0

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * Centre Socioculturel (M.J.C.) (1^{er} étage)
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+
Fax: (0033) 3 82 50 32 53
email : ogbl@wanadoo.fr
Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs
* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51
Lundi et jeudi : 15.30 - 17.00 hrs
* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville
(bureau de l'union locale CGT)
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon
Tél.: (0032) 63 23 00 50
Fax: (0032) 63 22 64 32
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV
* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne
Tél.: (0032) 61 21 19 87
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen
Wolfgang Schnarrbach
Tél.: (0049) 6527 - 12 79
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES
Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülelingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01-1
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00